

Nachhaltigkeit: Zahnärzte in und für Afrika

Lesen Sie S. 17



TOP in THÜRINGEN

Unsere Standorte:

● Mühlhausen

● Bad Langensalza

● Eisenach

● Erfurt

● Gotha

*...gut im Service,
günstig im Preis!*

- ✓ Innovative Dentaltechnologien
- ✓ Fortschrittliche, sichere Materialien
- ✓ Vor-Ort-Service für Praxis und Patient
- ✓ Hochqualifizierte Zahntechniker
- ✓ Patienten-Informations-Center
- ✓ Vielfältige Zahnersatzlösungen
- ✓ Praxisorientierte Fortbildungen
- ✓ Zertifiziertes Qualitätsmanagement
- ✓ Implantologisches Referenzlabor



Zahntechnik Zentrum Eisenach GmbH & Co. KG
 Werneburgstraße 11, 99817 Eisenach
 info@zahntechnikzentrum Eisenach.de

Tel. (0 36 91) 703 00-0

Es ist so einfach, zufrieden zu sein!

www.zahntechnikzentrum Eisenach.de



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Sommer und mit ihm die Haupturlaubszeit ist fast vorbei, so dass wir uns wieder unserer wesentlichen Herausforderung, der Arbeit für und mit unseren Patienten widmen können.

Die Punktwerte mit allen Krankenkassen sind besprochen. Sicher etwas später als üblich, aber ich meine, dass es sich gelohnt hat, die Verhandlungen mit Ruhe und Geduld zu beenden. Schon im 3. Quartal, doch besonders im 4. Quartal steigen die Punktwerte noch einmal an, sodass der alljährlich wiederkehrende Ansturm unserer Patienten vor dem Jahreswechsel sich in diesem Jahr hoffentlich auch positiv auf die Ergebnisse in den Praxen auswirken wird.

So könnten wir dann im Grunde ganz ruhig zum Alltag übergehen, aber halt, da war doch noch etwas.

Richtig, am 22.9. ist Bundestagswahl. Man hätte das vergessen können, der Wahlkampf bisher ist ja fast ausgefallen. Nur ab und zu hört man die eine oder andere Forderung aus den Wahlprogrammen der Parteien, die eben je nach anzusprechender Wählerklientel von doch recht schlicht (wir greifen uns die „Reichen“) bis ziemlich albern sind, wie etwa ein gesetzlicher Veggie-Day (die Grünen agieren immer nach dem Motto: „Wir wissen was gut für euch ist, nur ihr wisst das noch nicht). Selten wird die große Keule ausgepackt. Nur ab und zu gibt es Höhepunkte, wie Herr Steinbrück, der den Ostdeutschen pauschal europäische Gedanken abspricht, obwohl wir, nach selbst erkämpftem Mauerfall, bestimmt im Schnitt ein größeres und bunteres Reisepensum in Europa absolviert haben wie die „Europaverständigen“. Besonders schön fand ich auch

den Herrn Prof. Lauterbach, seines Zeichens designierter Gesundheitsminister im „Kompetenzteam“ der SPD. Er stellte doch fest, dass die SPD viel mehr Stimmen bekommen wird, wie die bisherigen Umfragen zeigen. Dass die Umfragen so schlecht seien, liegt nach Lauterbachs Meinung ja nur daran, dass die Wähler seiner Partei traditionell recht bildungsfern seien und sie die Umfragen nicht erreichen. Nun wissen wir dadurch wenigstens, was unser hoffentlich „Nicht-Gesundheitsminister in spe“ von all denen hält, die ihn doch bitte schön wählen sollen. Deshalb wollen sie ja auch die Steuern kräftig bei denen erhöhen, die überhaupt welche zahlen. Der Steuern zahlen muss, kann natürlich nicht so bildungsfern sein, nach Lauterbachscher Logik also auch nicht SPD wählen.

Schön war auch der Auftritt unseres noch amtierenden Bundesgesundheitsministers Bahr am 19.8. in Gera. Er war von den vielen Wahlkampfauftritten recht heiser und sagte, dass es nun Zeit sei, wenn die erste Stimme versagt, die Zweitstimme herauszuholen. Nur ein Schelm wird vermuten, dass das eine Anspielung war. Nur nebenbei, seit 1999 habe ich alle Bundesgesundheitsminister persönlich kennengelernt. Mir erschien bisher keiner so an den Problemen interessiert und durch profunde Sachkenntnis so kompetent wie Herr Minister Bahr.

Was kommt von der Union? Nicht viel, außer von Herrn Seehofer. Der hat ja zuvor noch Landtagswahl und muss seine Träger von Krachledernen von der Maß weg, hin zur Wahlurne bekommen. Natürlich regen die sich alle auf, wenn im Winter fast alle Holländer mit Sommerreifen die bayrischen Autobahnen versperren. Aber schauen



wir mal. Was stört die Parteien nach der Wahl ihr Geschwätz von gestern. Mir ist immer noch der Wahlkampf der SPD mit 2% Mehrwertsteuererhöhung in ganz schlechter Erinnerung. Die CDU war doch kategorisch dagegen. Als aber der Wähler entschieden hatte und beide koalierten, wurden daraus dann eben mal 3%. Da muss man manchmal schon einiges nicht so genau nehmen, um das Vertrauen nicht zu verlieren. Doch sollten wir uns besonders diesmal nicht beirren lassen und den Weg zur Wahlurne unbedingt gehen.

Bleibt da nämlich noch die Sache mit der Bürgerversicherung. Im Grunde ist das auch nichts weiter wie eine verkappte Erhöhung der staatlichen Abgaben bei denen, wo noch etwas zu holen ist. Rot-Grün wird das auf jeden Fall umsetzen. Damit wird aus unserem System, das freilich nicht perfekt ist, aber viele Vorteile hat, eine Einheitsversicherung, die ja viele von uns noch kennen. Und das können aus meiner Sicht, außer den ewig Gestrigen, wirklich nur die wollen, die so etwas noch nicht erlebt haben. Wir sollten unseren Teil dazu beitragen, diese staatlich überwachte Einheitsversicherung zu verhindern.

*Dr. Karl-Friedrich Rommel
Vorsitzender der KZV Thüringen*

 Editorial 3



 Kassenzahnärztliche Vereinigung

<i>Vertreterversammlung der KZV Thüringen</i>	5
<i>Bürgerversicherung</i>	7
<i>Nachtrag zum Artikel im Heft 7/8: „Motorradfahren kann so schön sein ...“</i>	9



 Landeszahnärztekammer

<i>Jugendzahnplegetag am 13. September in Erfurt</i> . .	10
<i>Fortbildungsprogramm in der Hosentasche</i>	10
<i>ZahnRat aus Thüringen informiert über PZR</i>	11
<i>Kammer erfasst SEPA-Lastschriftmandate</i>	11
<i>Edeltraut Wienbreyer in Rente</i>	12
<i>Zeitschrift „ZFA aktuell“ direkt fürs Praxisteam</i>	12



 Spektrum

<i>Stark für die Region</i>	15
<i>Weimarer Forum für Zahnärztinnen</i>	15
<i>„Hohe Praxisrelevanz unserer Kongressthemen“</i> . . .	16
<i>Nachhaltigkeit: Zahnärzte in und für Afrika</i>	17
<i>Behandlung von Kindern mit Behinderungen</i>	18
<i>Voller Terminkalender bis zum letzten Arbeitstag</i> . . .	21

 Hinweis

*Heftmitte: Beitragsordnung der Landes-
zahnärztekammer Thüringen zum
Heraustrennen und Einheften in die
Vertragsmappe*

 Weitere Rubriken

<i>Bundestagswahl 2013</i>	13
<i>Glückwünsche</i>	22
<i>Kleinanzeigen</i>	22
<i>Kondolenzen</i>	22

Hinweis des Verlages

In der vorliegenden tzb-Ausgabe finden Sie eine Beilage des Dental Labor Schuldes, auf die in der vergangenen Ausgabe im Rahmen einer Anzeige bereits verwiesen wurde.

Werbeagentur Kleine Arche

Thüringer Zahnärzte Blatt

22. Jahrgang
Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt der Landes-
zahnärztekammer Thüringen
und der Kassenzahnärztlichen
Vereinigung Thüringen

Herausgeber:
Landeszahnärztekammer
Thüringen und Kassenzahnärzt-
liche Vereinigung Thüringen
Dr. Andreas Wagner
(v.i.S.d.P. für Beiträge der LZKTh)
Dr. Karl-Friedrich Rommel
(v.i.S.d.P. für Beiträge der KZVTh)

Redaktion:
Dr. Christian Junge (LZKTh)
Dr. Karl-Heinz Müller (KZVTh)
Matthias Frölich (LZKTh)

Anschrift der Redaktion:
Landeszahnärztekammer
Thüringen
Barbarossahof 16, 99092 Erfurt
Tel: 03 61 74 32-136
Fax: 03 61 74 32-236
E-Mail: presse@lzkth.de
Internet: www.lzkth.de

Leserpost:
leserbriefe@lzkth.de
Die Redaktion behält sich das
Recht vor, Leserbriefe zu kürzen.
Als Leserbriefe gekennzeichnete
Beiträge und wörtliche Zitate
müssen nicht die Meinung der
Herausgeber darstellen.
Für unverlangt eingesandte
Manuskripte, Unterlagen und Fotos
wird keine Gewähr übernommen.

**Anzeigenannahme
und -verwaltung:**
Werbeagentur Kleine Arche GmbH,
Holbeinstr. 73, 99096 Erfurt
Tel: 03 61 7 46 74-80, Fax: -85
E-Mail: info@kleinearche.de
Internet: www.kleinearche.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 11 seit 01.01.2012.

Anzeigenleitung:
Birgit Schweigel

Anzeigen und Beilagen stellen
allein die Meinung der dort
erkennbaren Auftraggeber dar.
Einlagenwerbung erfolgt im Verant-
wortungsbereich der LZKTh.

Gesamtherstellung/Satz/Layout:
WA Kleine Arche GmbH

Druck und Buchbinderei:
Druckhaus Gera GmbH

Titelbild: Dr. M. Schinkel
Einzelheftpreis: 4,90 €
Jahresabonnement: 53,91 €
jeweils inkl. Versand und ges. MwSt.

Oktober-Ausgabe 2013:
Redaktions- und Anzeigen-
buchungsschluss: 18.9.2013

Auflage dieser Ausgabe: 2700
ISSN: 0939-5687

Vertreterversammlung der KZV Thüringen

Neues Referat für vertragszahnärztliche Berufsausübung

Von Dr. Karl-Heinz Müller

„Wir hätten diese verspätete Frühjahrs-W eher durchführen sollen und müssen, dann wäre auch der Sommer schon früher gekommen“, so die Anfangsworte vom KZV-Vorsitzenden Dr. Karl-Friedrich Rommel. Wie fast immer bei Vertreterversammlungen strahlte in Weimar die Sommersonne vom Himmel so gut sie konnte. Traditionell ist die Frühjahrsvertreterversammlung dem Abschluss des Vorjahres gewidmet. So wird die Honorarverteilung abgeschlossen, der Vorstand entlastet und die geleistete Arbeit bewertet. Und hier hat die KZV Thüringen, dem Wetter angemessen einiges vorzuweisen.

Keine großen Rückforderungen notwendig

So konnte der Vorstand bereits im Jahr 2012 bei den meisten Krankenkassen vertraglich eine Anpassung an die veränderten Versicherten- und Versorgungsstrukturen erreichen. Die Abstimmungen der einzelnen Anträge zum Honorarverteilungsmaßstab verliefen deshalb auch wie erwartet unspektakulär. Die meisten bedeuteten ja auch die Auszahlung der verhandelten Punktwerte bzw. auch Nachzahlungen. Einzig bei der Knappschaftskrankenkasse und bei der Handelskrankenkasse (hkk) waren noch Überschreitungen zu verzeichnen, die zu Rückforderungen verpflichten. Zwar hatte der Vorstand bei der Knappschaft in den vergangenen Jahren eine überdurchschnittliche Anpassung der Budgets durchsetzen können, jedoch reichte dies hier noch nicht aus. Allerdings wurden die Überschreitungen aufgrund der neuen Möglichkeiten durch das Versorgungsstrukturgesetz nunmehr zusätzlich für die Vergütung des Jahres 2013 eingefordert, so dass bei gleicher Leistungsmenge mit keinen Überschreitungen mehr zu rechnen ist.

Anders stellt sich die Situation bei der Handelskrankenkasse (hkk) dar. Diese Krankenkasse mit Sitz in Bremen hat in den vergangenen Jahren auch in Thüringen eine kleinere Anzahl an Versicherten gewonnen. Dies u. a. dadurch, dass sie jedem Mitglied eine Beitragsrückerstattung, sogenannte „hkk-Dividende“, gewährt. Im Jahr 2012 waren das immerhin 60 Euro und für 2013 sollen es sogar 100 Euro sein. Doch wo kommt dieses Geld her? Das spart diese Krankenkasse gerade bei den Jüngsten, indem sie eben nicht genügend Ver-

gütung für die Kieferorthopädie zur Verfügung stellt. Sie ist auch nicht bereit, dies zu korrigieren. Deshalb wird der kieferorthopädische Punktwert hier drastisch abgesenkt. „Hier sollten Kieferorthopäden in Patientengesprächen gegenüber den Erziehungsberechtigten ihre betriebswirtschaftlichen Verpflichtungen ruhig zur Sprache bringen“, so Dr. Karl-Friedrich Rommel.

Sehr gute Aussichten für 2013

In seinem Bericht ging Dr. Karl-Friedrich Rommel auf die Punktwertverhandlungen zu Beginn des Jahres und die bisherigen positiven Abschlüsse ein. Auch wenn noch nicht alle Verträge unterzeichnet sind, ist es dem Vorstand beginnend mit der AOK Plus gelungen, die Punktwerte deutlich zum Vorjahr zu steigern. Hierzu wurden überwiegend quartalsweise Punktwertsteigerungen vereinbart, die für das nächste Jahr eine überdurchschnittliche Ausgangslage für die Folgevereinbarungen mit sich bringen. Neben dem gesetzlich vorgeschriebenen Ost-West-Angleich von 2,5 %, der in Thüringen bereits seit Januar gilt, konnten auch gestiegene Betriebs- und Praxisverwaltungskosten eingepreist werden.

Auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Gesamtvergütung konnten Anpassungen und Nachverhandlungsoptionen für den Fall vereinbart werden, dass die Leistungsanspruchnahme der Patienten aus nicht durch die Zahnärzte zu vertretenden Gründen steigt.

Sensiblen Umgang mit Daten gefordert

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Klaus-Dieter Panzner zeigte, wie erfolgreich in Thüringen der seit dem 01.01.2012 in Kraft getretene Vertrag über den „Datenträgeraustausch auf Datenträgern oder im Wege der elektronischen Datenübertragung“ umgesetzt ist. Eigentlich rechnen alle Praxen online ab. Scharf kritisierte die Vertreterversammlung die steigenden Berichtigungs- und Überprüfungsanträge der Krankenkassen. Von einigen Krankenkassen werden ständig Begründungen für erbrachte zahnärztliche Leistungen abgefordert. Auch sei festzustellen, dass immer mehr Daten aus den verschiedenen Leistungsbereichen verknüpft

werden, um damit vermeintliche Inplausibilitäten zu konstruieren. Der Vorstand wurde aufgefordert, dies gegenüber den Krankenkassen zu problematisieren.

Auch den zu schaffenden Datenkoordinierungsausschuss der KZBV, sieht Dr. Panzner skeptisch. Für Verhandlungen mit den Krankenkassen sind nur genaue, korrekt hinterlegte Zahlen notwendig. Gleichzeitig bestehe jedoch die Gefahr, einmal vorhandene Daten einem Zugriff durch den Gesetzgeber verfügbar zu machen. „Wir sind wohl durch aktuelle Weltgeschehnisse noch stärker sensibilisiert“, so Panzner. Dr. Oehler ergänzte, dass Dr. Panzner und er in der KZBV-Vertreterversammlung im Juni in Erfurt beim Beschluss zur Einrichtung eines Datenkoordinierungsausschusses ihre Bedenken angemeldet und dagegen gestimmt haben, leider als Minderheit.

Neues Referat bestätigt

Die immer stärkere Nachfrage der Krankenkassen auf sachlich-rechnerische Berichtigung, neue QM- und QS-Forderungen, also die allgemeine Zunahme der Anforderungen, die vertragszahnärztliche Berufsausübung betreffend, und die Zunahme der Komplexität der Aufgaben des Vorstandes hat diesen veranlasst, das neue Referat für vertragszahnärztliche Berufsausübung zu bilden und Dr. Uwe Tesch, der bisher bereits das Referat Fortbildung begleitete, zu berufen.

Dr. Christian Junge hinterfragte in der Diskussion, ob es bei der Kollegenschaft zu Verwechslungen mit dem Referat für Berufsausübung bei der LZK Thüringen führen könnte und regte ein Nachdenken über die Bezeichnung an. „Keine der Zahnärztinnen und keiner der Zahnärzte



Diskussionsbeitrag von Herrn Dr. Christian Junge



Diskussionsbeitrag von Frau Kerstin Blaschke



Diskussionsbeitrag von Frau Dr. Renate Reum



Diskussionsbeitrag von Herrn Johannes Wolf



aufmerksame Zuhörer Fotos: Dr. Müller

verwechselt unseren Vertragszahnärztetag in Arnstadt mit dem alle zwei Jahre stattfindenden Zahnärztetag in Erfurt. Wir sollten unserer Kollegenschaft schon Selbstentscheidungen zutrauen“, sagte Dr. Karl-Friedrich Rommel. Darüber hinaus wurde dargestellt, dass sich der Aufgabenbereich dieses Referates ausschließlich auf Aufgaben der KZV Thüringen beschränkt.

Aus der Versammlung heraus erhielt der Antrag des Vorstandes breite Unterstützung in der Diskussion und Abstimmung.

Zahnärzte sind keine Kriminellen

Dr. Karl-Friedrich Rommel informierte, dass in den nächsten Tagen eine gemeinsame Pressemitteilung der KZV Thüringen und der Thüringer Zahntechnikerinnung versandt wird. Thüringens Zahnärzte und Zahntechniker wenden sich damit vehement gegen alle Angriffe durch Politik, Krankenkassen und einzelne Vertreter des Verbandes Deutscher Zahntechniker-Innungen auf das in Thüringen sehr gute Zusammenarbeiten von Zahnarzt und Techniker für eine qualitativ hochwertige Versorgung unserer Patienten. „Überzogene Behauptungen und die Kriminalisierung der gesamten Zahnärzte werden wir auf keinen Fall dulden, denn unser gutes Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Zahnarzt ist und bleibt unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Behandlung und das Zusammenwirken“, sagte Dr. Rommel dazu. Der vom Vorstand eingebrachte Antrag gegen die

geplante Einführung eines Strafparagraphen für Heilberufsangehörige im SGB V wurde von der Vertreterversammlung einstimmig unter Applaus angenommen.

Einheitsversicherung bietet keine Zukunft

Genauso einig war sich die Vertreterversammlung beim Vorstandsantrag „Duales Krankenversicherungssystem erhalten – Ablehnung der Bürgerversicherung“. Mit diesem Beschluss wendet sich die Vertreterversammlung gegen die Pläne der SPD, der Grünen und der Linken, die private Krankenversicherung abzuschaffen und durch eine Einheitsversicherung zu ersetzen. Hierdurch werden die Versicherten vom medizinischen Fortschritt ausgegrenzt und einer Gesundheitsversorgung nach Haushaltslage unterworfen. Die unzweifelhaft bestehenden Probleme im Gesundheitssystem sind durch Evolution bei Bestand beider im Wettbewerb stehender Versicherungssysteme zu lösen.

Sparsam und effektiv

Der aus dem Auditorium als ausführlich und detailliert gelobte Geschäftsbericht machte deutlich, dass die KZV Thüringen umfangreiche Aktivitäten im Interesse ihrer Mitglieder unternommen hat. Hierfür wurde dem Vorstand, der Geschäftsführung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ausdrücklich gedankt. Gleichzeitig bestätigten die Prüfer in

ihrem Bericht die ordnungsgemäße Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung, so dass die Vertreterversammlung den Vorstand für das Jahr 2012 die Entlastung erteilte. Dr. Rommel äußerte die Erwartung, dass soweit keine Forderungen von außen hinzukommen, auch der laufende und für das nächste Jahr im Herbst aufzustellende Haushalt ohne Beitragsanhebungen auskommen wird. Der Vorsitzende der Vertreterversammlung, Dr. Horst Popp entließ die Vertreter und Kreisstellenvorsitzenden mit guten Wünschen für die Urlaubszeit in den sommerlichen Abend.

Alle Anträge sowohl zur Honorarverteilung, zur Jahresabschlussrechnung zum Prüfbericht der KZBV, zur Berufung von zahnärztlichen Mitgliedern als auch zur Bildung von Referaten wurden zur Kenntnis genommen bzw. bestätigt.

Die nachfolgend in der Vertreterversammlung vom Vorstand gestellten Anträge möchten wir Ihnen im Wortlaut zur Kenntnis geben:

Bürger-Versicherung

Antragsteller: Vorstand der KZV Thüringen
Betreff: Duales Krankenversicherungssystem erhalten – Ablehnung der Bürgerversicherung

Wortlaut des Antrages:

Die Vertreterversammlung fordert den Erhalt des dualen, durch eine private und eine gesetzliche Krankenvollversicherung gekennzeichneten Krankenversicherungssystems in Deutschland. Die Pläne der Parteien SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE, im Falle einer Rot-Grünen Regierung eine als Bürger(innen)versicherung bezeichnete Einheitsstaatsversicherung einzuführen, werden als unsozial abgelehnt.

Die bestehenden Herausforderungen an das deutsche Gesundheitssystem sind durch eine Evolution mit Augenmaß zu lösen.

Begründung:

Deutschland verfügt nachgewiesenermaßen über eines der besten Krankenversicherungs- und Gesundheitssysteme. Die im Wettbewerb zu den gesetzlichen Krankenkassen stehenden privaten Krankenversicherungen gewährleisten die flächendeckende Einführung medizinischer Innovation. Eine staatliche Einheitsversicherung führt zu einem einzig nach Kassenlage des Staates definierten, nicht mehr weiterentwickelten Leistungskatalog. Die Wiedereinführung des „Alles-oder-Nichts-Prinzips“ führt zu einer echten „Zwei-Klassen-Medizin“, da sich in der „Bürger(innen)-Einheitsversicherung“ nur noch die Patienten Leistungen des

medizinischen Fortschritts verschaffen können, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf ein Versicherungssystem nicht angewiesen sind. Allen Plänen zu einer Bürger(innen)versicherung gemeinsam ist das „Heilsversprechen“, durch exzessive Bürokratie und Planung der Patienten und Leistungen eine allumfassende Versorgung im Krankheitsfall gewährleisten zu können. Sie verschweigen, dass Umfang und Qualität in einem planwirtschaftlichen System nicht vom Machbaren, sondern durch das als leitbar vom Staat Bestimmbare definiert wird.

Antrag wurde angenommen.

Korruption

Antragsteller: Vorstand der KZV Thüringen
Betreff: Sicherung des Vertrauens zwischen Patient und Zahnarzt

Wortlaut des Antrages:

1. Die Vertreterversammlung verwahrt sich gegen alle Angriffe durch Politik, Krankenkassen und den Bundesverband der Zahntechnikerin-

nungen auf den zahnärztlichen Berufsstand, indem durch unhaltbare und überzogene Behauptungen zu korruptiven Verhalten eine Kriminalisierung einer Berufsgruppe erfolgt. Das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Zahnarzt als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung von Krankheit und Leid wird damit ohne jedwede Rechtfertigung zerstört.

2. Die Vertreterversammlung verurteilt jedes kriminelle Verhalten einzelner Kollegen. Der Vorstand der KZV Thüringen wird darin bestärkt, auf im Einzelfall ggf. auftretendes Fehlverhalten Thüringer Kollegen angemessen durch die Nutzung der rechtsstaatlichen Mittel des Berufs- und Strafrechtes zu reagieren.

Begründung:

Das System der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland ist hinsichtlich Leistungserbringung und Abrechnung durch außerordentliche Komplexität als Folge Überbewertung der finanziellen Interessen der gesetzlichen Krankenkassen gekennzeichnet. Die Beschränkung auf das sogenannte „Wirtschaftliche“ führt zu einem Konflikt zwischen

medizinisch Anzustrebendem und gebührenrechtlich Abrechnungsfähigem. Der Gesetzgeber hat ein immer weiter ausdifferenziertes System der Überwachung und Korrektur installiert. Er hat den Zahnärzten und Krankenkassen aufgegeben, allen Anhaltspunkten auf Fehlverhalten nachzugehen und ggf. berufsrechtlich zu reagieren oder staatliche Stellen einzuschalten. Diesen Verpflichtungen kommen die Vertragszahnärzte seit Jahren beanstandungsfrei nach. Gleichzeitig ist festzustellen, dass gerade das engmaschige Prüfungsverfahren im vertragszahnärztlichen Bereich belegt, dass nur in verschwindendem Umfang disziplinar- oder gar strafrechtliche Verdachtsmomente auftreten. Hierüber wird transparent im Geschäftsbericht und im Bericht zur § 81a-Stelle berichtet. Die jetzt wieder aufgelegte Diskussion um Korruption im Gesundheitswesen, in der mit nicht belegten Pauschalvorwürfen operiert wird, kann deshalb nur als politisches Ablenkungsmanöver zur Legitimation der Einführung eines strikten staatlichen Steuerungssystems verurteilt werden.

Antrag wurde angenommen.

Bürgerversicherung

Problemlösung oder Problemfall – eine kritische Betrachtung

Von Dr. Michael Loewener

Obwohl das deutsche Gesundheitssystem trotz aller Verbesserungsmöglichkeiten unstrittig zu den Besten der Welt zählt, ergibt sich durch Demografie und medizinischen Fortschritt und politische Standortänderung ständiger Anpassungsbedarf. Dabei bilden alle Spielarten um eine Bürgerversicherung die radikalste Abkehr vom bisherigen zweigliedrigen Krankenversicherungssystem. Ohne Zweifel werden die Argumente rund um die Einführung einer Bürgerversicherung den kommenden Wahlkampf maßgeblich prägen, ohne dass weder die Bürger, noch die überwiegende Mehrheit der politischen Entscheider in der Lage wären, das ganze Ausmaß dieses Systemwechsels zu erfassen oder gar in den Auswirkungen werten zu können. Zu sehr punkten Begriffe wie „solidarisch“ und „gerecht“ in der öffentlichen Wahrnehmung. Die politischen Parteien haben sich mit ihren Bundestagswahlprogrammen bereits weitgehend positioniert. Ob dabei die Argumentationstiefe unter Beachtung realer gesellschaftspolitischer Entwicklungen und unter Berücksichtigung volkswirt-

schaftlicher und rechtlicher Vernetzung ausreicht, bleibt vielfach fraglich.

Die Grundidee einer Bürgerversicherung liegt darin, alle Bürger mit allen Einkommensarten (ggf. bis zu einer erhöhten Beitragsbemessungsgrenze) in die Finanzierung einer einheitlichen und „gerechten“ Gesundheitsversorgung einzubeziehen, also die Einnahmeseite zu verbessern. Allen Bürgern soll gleichermaßen Zugang zu hochwertiger Medizin ohne Wartezeiten und ohne Leistungskürzungen ermöglicht und dadurch eine Zwei-Klassen-Medizin verhindert werden.

Wobei der Frage nachgegangen werden muss, ob und ggf. in welchem Ausmaß das bisherige zweigliedrige Gesundheitssystem unter dem Strich „ungerecht“ ist. SPD, GRÜNE und LINKE sind sich in der Einführung einer Bürgerversicherung, wenn auch unterschiedlicher Ausprägung, einig. Als Bewahrer des bisherigen zweigliedrigen Systems gelten vor allem die FDP und die CDU/CSU, wenngleich bei deren gesundheitspolitischem Sprecher Jens Spahn gelegentlich Ambivalenzen anklingen, wenn er

sinniert, dass die Trennung privater und gesetzlicher Kassen „nicht mehr zeitgemäß“ sei.

Klassenmedizin – eine Frage der Umverteilung?

So wohlklingend die Grundidee einer klassenlosen Bürgerversicherung auch sein mag, so lebensfern ist alleine die Vorstellung von der Ausmerzungen einer Zwei-Drei- oder Multi-Klassenmedizin. Ebenso lebensfern, wie die Vorstellung, eine „Zweiklassenernährung“ durch das „gerechte“ Verkaufsverbot für gesunde aber teure Bioprodukte verhindern zu wollen. Auch die Abschaffung der ersten Klasse für Bahnreisende würde nicht automatisch zu breiterem Fauteuil für Passagiere in der zweiten und zu mehr Freude beim Personal führen – irgendwie „scheingerecht“ aber unzweckmäßig für das System. Gerechtes Verhalten auf Verteilungsgerechtigkeit zu begrenzen und parallel dazu das Recht auf freie Entfaltung zu beschneiden, trifft nicht den Kern des seit Jahrtausenden kontrovers diskutierten Gerechtigkeitsbegriffs. „Die schlimmste Art der Ungerechtigkeit ist die vorgespielte Gerechtigkeit“, wusste schon Platon

um 400 v. Chr. Gerechtigkeit bedeutet nichts anderes als die Tugend, die das Recht eines jeden Menschen achtet und zugleich jedem das seine gewährt. Bezüglich der Bürgerversicherung muss die Frage lauten, ob durch den Verzicht des einen das Wohl eines anderen, nämlich des Schwächeren, zu verbessern ist, so wie es grundsätzlich im Steuersystem der Fall ist. Im Gefecht der Schlagworte kommt diese Betrachtung gegenwärtig zu kurz.

Bürgerversicherung: Rechnen lohnt sich

Befragungen zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung und große Teile der Ärzteschaft (zumindest der nicht freiberuflich tätigen) dem ebenso hehren wie theoretischen Ziel einer Bürgerversicherung aufgeschlossen gegenüberstehen, obwohl nach einer Allensbach-Umfrage 82 % der Bevölkerung das gegenwärtige Gesundheitssystem mit gut bis sehr gut beurteilen. Wie so oft, steckt die Tücke im Detail – in der Umsetzung unter Beachtung gewachsener Strukturen, materieller Ansprüche und rechtsstaatlicher Normen. Und nicht zuletzt in einer ideologiefreien wirtschaftlichen System-Analyse. Darin liegt jedoch der Sprengstoff, den kein noch so wohlklingendes Parteiprogramm unbeachtet lassen darf, wenn es nicht ein bloßes populistisches Pamphlet sein soll.

PKV: Meuchelmord oder Suizid

Generelles Angriffsziel der „Bürgerversicherer“ ist die Private Krankenversicherung mit ihren rund 9 Mio. Versicherten - Inbegriff der Zweiklassen-Medizin und der Besserstellung der „unsolidarischen“ Vermögenden. Aber unter Zuhilfenahme eines Rechenschiebers könnte sich bei der Egalisation der Versicherungssysteme schnell Ernüchterung einstellen, obwohl die Einverleibung der Altersrückstellungen der PKV in Höhe von rund 170 Mrd. Euro zunächst Begehrlichkeiten weckt. Angesichts der Aufwendungen der GKV in Höhe von rund 183 Mrd. Euro pro Jahr würde der Zugriff auf das Ersparte der PKV-Versicherten einmal kräftig Feuer unter den Kessel bringen - ein Strohfeuer; denn auf lange Sicht würde das System defizitär und weiter auf jährliche Steuerzuschüsse in Höhe von (derzeit) rund 14 Mrd. Euro angewiesen bleiben. In erster Linie dienen die Steuerzuschüsse zum Gesundheitsfonds als Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen und davon an erster Stelle für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern. Die Auslöschung der PKV würde zu Mehrkosten führen; denn im Gegensatz zur GKV zahlen Mitglieder der PKV für jedes einzelne Mitglied einen versiche-

rungsmathematisch kalkulierten und vor allem nicht staatlich subventionierten Beitrag. Mit anderen Worten: Mit der Einführung einer Scheingerechtigkeit würde sich das Defizit eines Teils des Beitragsaufkommens eher erhöhen. Insofern steht dem warmen Regen einer verbreiterten Einnahmen-Basis oder gar der enteignungsgleichen Einverleibung der Altersrückstellungen der PKV der kalte Schauer dauerhafter vermehrter Ausgaben gegenüber.

Unsolidarischer Club der Besserverdiener?

SPD, GRÜNE und LINKE wollen alle Bürger, auch Gutverdienende, Selbständige und Beamte in die Einheits-Krankenversicherung einbeziehen. Gerne wird dabei übersehen, dass nicht nur „Besserverdienende“ in der PKV versichert sind, sondern die Versichertenbasis zu etwa 23 % aus Nichterwerbstätigen besteht. Rund 25 % der Privatversicherten sind Beamte und 25 % Pensionäre und Rentner. Nur knapp 16 % sind selbständig und freiberuflich tätig. Und insgesamt lagen 2008 nur etwa 20 % mit ihrem Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze. Allein diese Zahlen entzaubern den Gerechtigkeitsnimbus der Bürgerversicherung und deren Hoffnung auf eine Verbreiterung der Einnahmen-Basis. Zu allem Überfluss ist die PKV nach Kräften mit der eigenen Entleerung beschäftigt, indem sie einen Tarifschunzel vorhält, der Junge mit niedrigen Beiträgen ködert, während Rentenbezieher, die oftmals ein Viertel ihrer Altersrente als Beitrag leisten, mit voller Wucht getroffen werden. Viele sind damit überfordert und würden das Wechselangebot zur GKV, so wie sie das SPD-Papier für ein Jahr vorsieht, aufgreifen. Das „Wissenschaftliche Institut der AOK“ hat in einer Umfrage festgestellt, dass fast jeder dritte privatversicherte Rentner aufgrund der steigenden Beitragsentwicklung in den Jahren 2011 und 2012 in einen Tarif mit geringerem Leistungsanspruch gewechselt sei. Während die SPD und Grüne der PKV ein langsames Ausbluten durch Mitgliederentzug verordnen, haben die Linken den fast gnädigen Tod durch sofortige Abschaffung als Vollversicherung und alleinige Beschränkung auf Zusatzversicherung im Angebot (Cave: Zweiklassen-Medizin!)

Einheitliche Gebühren- ordnung – Ausgleichszah- lungen als Feigenblatt?

Die „Bürgerversicherer“ haben nach dem Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Leistung“ eine einheitliche und „gerechte“ Gebührenordnung

im Programm. Bisher zahlen die 11 % Privatversicherten durch die meist (nicht immer) höher bewerteten Gebührenordnungen fast ein Viertel der Arzthonorare (rund 10 Mrd. /Jahr). Dass durch diese Mehrzahlungen der Privatversicherten Innovation bei Geräten und Behandlungsmethoden finanziert werden, die letztlich allen Versichertenkreisen zugute kommen, fasst der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Montgomery zusammen: „Gäbe es die PKV nicht, hätten wir schon heute eine innovations- u. wettbewerbsfreie Zone für die GKV und einen sehr viel schlankeren Leistungskatalog“. Selbst die Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen und Befürworterin der Bürgerversicherung, Doris Pfeiffer, sieht die Gefahr: „In einem Einheitssystem ließen sich die Leistungen leichter reduzieren.“ Die Auflösung der PKV würde für Vertragsärzte Honorarverluste bis zu 6 Mrd. Euro pro Jahr bedeuten. Gesundheitsökonom Prof. Dr. Jürgen Wasem hat diese Problematik im Auftrag der Techniker Krankenkasse untersucht und kommt zu dem vom Auftraggeber eher ungeliebten Ergebnis, dass für den Fall einer Einheitshonorierung der Honorarausfall schon in diesem Jahr etwa 4,6 Mrd. und im Jahr 2030 fast 6 Mrd. betragen würde. Für die vollständige Kompensation wäre ein Zuschlagfaktor von 13,7 % im laufenden Jahr und von 17 % im Jahr 2030 notwendig. Alleine dieses Szenario relativiert das Einsparversprechen der Bürgerversicherer deutlich. Allerdings darf bezweifelt werden, dass sich Krankenkassen oder Gesetzgeber ernsthaft mit Ausgleichszahlungen für Arzthonorare beschäftigen würden. Eine der vielen von Pseudobesorgnis geprägten „kleinen Anfragen“ der LINKEN an die Bundesregierung lässt die Zielrichtung erahnen: „Ist nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Abrechnungen von Leistungen nach dem BEMA-Z ein ausreichendes Einkommen für die Zahnärztinnen und Zahnärzte zu erzielen oder sind diese zum Erhalt ihrer Praxis auf die Abrechnung zusätzlicher, privater Leistungen angewiesen (bitte begründen)?“ Noch ganz druckfrisch ist jetzt ein 24seitiges Papier der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im Umlauf. Darin machen sich namhafte Verfechter der Bürgerversicherung wie Franz Knieps, der schon unter Ulla Schmidt an maßgeblicher Stelle gearbeitet hat, detaillierte Gedanken zu Wettbewerb, Sicherstellung und Honorarvereinheitlichung. Die Autoren beklagen eine Ungerechtigkeit in der Honorarverteilung mit der Folge der Bevorzugung Privatversicherter und leiten daraus u. a. die Forderung einer Einheitshonorierung ab. Durch verklausulierte und komplexe Knebelungsmechanismen werden in dem Papier „wettbewerbliche Versorgungsformen“ im Rahmen von Selektivverträgen mit verbindlichen Vereinbarungen über Qualitäts-

standards, Sanktionen bei deren Nichteinhaltung und deren Evaluierung gefordert. Basis der Vergütungsordnung sollen morbiditätsbasierte Pauschalen, kombiniert mit Qualitätssicherungsmaßnahmen und qualitätsbezogenen Vergütungsanteilen (Pay for Performance) sein. „Länderüberwachung mit Durchgriffsrechten“ sollen dem „arztzentrierten“ System durch den „effektiven Einsatz qualifizierter Gesundheitsberufe“ zu Leibe rücken. Schließlich wird die Bildung eines neuen Instituts zur Implementierung eines neuen Vergütungssystems angeregt. Alles in allem strotzt das Papier nur so von zusätzlicher und tiefgreifender Regelungsdichte bei gleichzeitiger Zurückdrängung ärztlicher Einflussnahme bis zur Rodung der Einzelpraxis. Es wird das Bild eines durch und durch staatlichen Gesundheitssystems entworfen, in dem Ärzten bestenfalls die Funktion des Erfüllungsgehilfen zugewiesen wird, während er als freiberuflicher und eigenverantwortlicher Verhandlungspartner praktisch nicht wahrgenommen wird. Immerhin ist in dem Papier auch von Ausgleichszahlungen die Rede. Papier ist geduldig!

SPD: „Die Gesundheitspolitik orientiert sich an den „Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen“.

Was nach Klassenkampf-Reminiszenz klingt, lässt nichts Gutes ahnen. Sinkenden Honoraren für Ärzte und Zahnärzte stehen die bürgerversichernden Politikbetreiber in der Regel gleichgültig bis wohlwollend gegenüber. Anders könnte es aussehen, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind. Eine von der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bei der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebene Studie hat brisante Zahlen ergeben. Danach würde die Überführung der PKV in eine Bürgerversicherung die Vernichtung von bis zu 100.000 Arbeitsplätzen zur Folge haben, und bereits der sofortige Stopp des Neugeschäftes würde 25.000 Arbeitsplätze eliminieren. Und die Zerstörung der Erwerbsmöglichkeit für bis zu 50.000 selbständige Vermittlungsunternehmen steht ebenso zu befürchten. Selbst wenn die Zahlen einer überzogenen Darstellung entspringen sollten, werden doch erhebliche Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt deutlich.

Wunschdenken: Bessere Medizin bei Senkung des Beitragssatzes

Besonders einfach machte es sich DIE LINKE mit der Pauschalforderung in ihrem 86seitigen Wahlprogramm: „Ein gutes Gesundheitssystem muss sämtliche medizinisch erforderlichen Leistungen finanziell absichern“.

Dazu soll der Leistungskatalog der gesetzlichen Kassen ausgebaut und alle Zuzahlungen abgeschafft werden. Das klingt ein wenig nach „Freibier für alle“. Die Private Krankenversicherung als Vollversicherung soll abgeschafft werden, ohne dass sich das rote Parteiprogramm mit deren Abwicklung oder der Umfirmierung aller Beihilfeberechtigten (Beamten) oder gar mit grundgesetzlichen Bedenken aufhalten würde. Die PKV wird nach linken Vorstellungen auf Zusatzversicherungen beschränkt, und es fällt den Genossen nicht auf, dass ein privat finanziertes Angebot an Zusatzleistungen einen erneuten Zugang zu einer „Zwei-Klassen-Medizin“ eröffnen würde. Zudem frohlocken sie: „Durch die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und aller Einkommensarten reduziert sich der zu leistende Beitragssatz nach Modellrechnungen von 15,5% auf 10,5%“, ohne das Rechenkunststück näher zu erläutern.

Systemänderung nicht ohne Augenmaß

Die Betrachtung der Ausgangslage darf bei allen Änderungswünschen nicht aus dem Auge verloren werden. Es wäre weder im Sinn der Patienten/Bürger dieses Landes, noch im Interesse der Ärzte, ein gewachsenes und im europäischen Vergleich hervorragendes System zu schleifen, um unter dem Deckmantel gerechteren Handelns Freiräume für ein Polit-Experiment zu schaffen, bei dem kaum ein Stein auf dem anderen bliebe. Die ideologische Betrachtung übersieht gerne, dass sich Privatversicherte nicht einem System entziehen, sondern ein defizitäres System durch Eigenverantwortung entlasten und den Praxen zudem den notwendigen betriebswirtschaftlichen Rahmen sichern! Durch Einbeziehung in das GKV-System, kann das Defizit folgerichtig nicht geringer werden. Beispiel Wartezeit: Während die Wartezeit auf einen Termin beim Facharzt in Großbritannien rund 18 Wochen beträgt und in den Niederlanden sogar bis zu 6 Monate betragen kann, ist sie in Deutschland trotz der Zweigliedrigkeit wesentlich kürzer, wobei (hier wie dort) in dringenden Fällen jeder Patient sofort behandelt wird. Auch in Italien, das ein funktionierendes staatliches Gesundheitssystem besitzt, sieht es mit Wartezeiten schlecht aus. Dort findet das Äquivalent kürzerer Wartezeiten und intensiverer Diagnostik oft ungeniert den direkten Weg in die Schreibtischschublade. Diese Art „Ungerechtigkeit“ ist in unserem System bisher unbekannt. Natürlich ist es nicht damit getan, die Bürgerversicherung zu geißeln, und einfaches Abwinken ist auch nicht hilfreich. Es muss gelten, die offenkundigen Fehlentwicklungen zu benennen und zu korrigieren – auch

und insbesondere durch die Heilberufe selbst – ohne das „Kind mit dem Bade auszuschütten“. Ehrliches Bestreben auf allen Seiten kann dabei nicht schaden. Gegenwärtig drängt sich bei dem Geschehen um die Bürgerversicherung die Analogie zu einem Werbespot auf, in dem mit einem bekannten Tablet-Computer auf eine Fliege auf dem Tisch eingedroschen wird. Immerhin, die Fliege hat man erwischt...!

Wir möchten uns auf diesem Wege recht herzlich beim Autor Herrn Dr. Michael Loewener, der KZV Niedersachsen und dem niedersächsischen Zahnärzteblatt (NZB 06/2013) für die Nachdruckgenehmigung bedanken.



Nachtrag zum Artikel im Heft 7/8: „Motorradfahren kann so schön sein ...“

Wer von Ihnen nach dem Lesen des Artikels im nächsten Jahr (Termin steht noch nicht fest) unbedingt mit dabei sein möchte und befürchtet, dann den Termin zu überlesen oder im täglichen Allerlei zu vergessen (einigen Kollegen ging es nach eigener Aussage in diesem Jahr so), möge mich anrufen oder noch besser eine E-Mail an folgende Adresse senden:

Telefon: 03672 422333

E-Mail: dr.karl-heinz.mueller@t-online.de

Ich führe eine Sammeliste aller Interessierten und werde rechtzeitig, wenn ein Termin und die Route feststehen, die konkrete Anfrage durchführen.

*Mit dentalem Bikergruß
Ihr Karl-Heinz Müller*

Jugendzahnflegetag am 13. September in Erfurt

„Gesund beginnt im Mund: Zähneputzen macht Schule“ ist das diesjährige Motto des Tags der Zahngesundheit am 25. September. Bereits im Vorfeld veranstaltet die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege Thüringen gemeinsam mit Kammer und Jugendzahnärztlichem Dienst des Gesundheitsamtes Erfurt am 13. September 2013 den 10. Thüringer Jugendzahnflegetag.

Im Atrium der Stadtwerke Erfurt sind hierzu 300 Grundschul- und Kindergartenkinder angemeldet. Geplant sind Auftritte des „Holzwurmtheaters“ mit dem Stück „Manni Milchzahn“. Zusätzlich wird es einen Putzbrunnen, einen Kariestunnel, Mal- und Bastelstationen und Zungen-tattoos geben.

LZKTh



Gesundes mit „Biss“ gab es beim letzten Thüringer Jugendzahnflegetag 2011 in Jena Foto: LAGJTh

Fortbildungsprogramm in der Hosentasche

Angebot der Fortbildungsakademie ist mobil auf Handy-App verfügbar

Die Fortbildungsakademie „Adolph Witzel“ präsentiert ihr Semesterprogramm ab sofort auch in einer innovativen Handy-App. Für diesen Service nutzt sie ein Angebot des Augsburger Unternehmens 2ni – Dental Expertise.

„Die Suche nach einer passenden Fortbildung ist für viele Kollegen eine immer größer werdende Herausforderung“, beklagt Dr. Guido Wucherpfennig, Vorstandsreferent der Landeszahnärztekammer für die Fort- und Weiterbildung. „Zusätzlich zu unserem gedruckten Fortbildungsprogramm flattern jeden Tag unzählige Werbeflyer in die Praxis, und das

E-Mail-Postfach wird mit Angeboten überfüllt. Unsere Fortbildungsakademie will daher auch auf dem mobilen Smartphone eine einfache, übersichtliche und gezielte Kurssuche gewährleisten“, so Dr. Wucherpfennig.

Mit Thüringen tragen bereits zehn (Landes-) Zahnärztekammern ihr Fortbildungsprogramm in das Portal ein. Zusätzlich sind Kurse der Akademie Praxis und Wissenschaft, der Deutschen Gesellschaft für Implantologie und der Deutschen Gesellschaft für Orale Implantologie zu finden. Die Einträge privater Fortbildungsanbieter finanzieren das für den Nutzer kostenfreie Angebot.

Merkzettel für gebuchte und relevante Kurse

Die App ermöglicht die gezielte Suche nach Fachgebiet, Zielgruppe, Referent, Veranstalter, Ort, Zeitraum und Art der Fortbildung in regionalen und überregionalen Fortbildungen, Kursen, Seminaren, Workshops, Curricula und Kongressen für Zahnärzte, das Praxisteam oder den Zahntechniker. Mit einem kurzen Klick können weitere Informationen angesehen und der Kurs auf den Seiten der Fortbildungsakademie sofort gebucht werden.

Ein individueller Merkzettel hilft dem Nutzer, stets den Überblick über Themen, Kosten und Kontakte seiner gebuchten und relevanten Fortbildungen zu behalten. Zusätzliche hilfreiche Funktionen vereinfachen die persönliche Planung und Organisation der gewünschten Veranstaltungen. So ermöglicht die App beispielsweise eine schnelle Kontaktaufnahme zur Fortbildungsakademie. Die Kartenfunktion führt den Anwender direkt zum Ort der Veranstaltung.

Das Angebot ist vorerst nur für die Apple-Geräte iPhone, iPad und iPod verfügbar. Die Erweiterung auf Android-Smartphones ist für das nächste Jahr geplant.

LZKTh



Mobiles Fortbildungsprogramm

Foto: Kleine Arche

Internet:

www.fortbildungsguide-zahnmedizin.de

ZahnRat aus Thüringen informiert über PZR

Patientenzeitschrift kostenfrei in alle Thüringer Zahnarztpraxen versandt



Der neue ZahnRat informiert Patienten über die PZR.

Foto: LZKTh

In den Zahnarztpraxen liegt ab sofort die neueste Ausgabe der kostenfreien Patientenzeitschrift „ZahnRat“ aus. Acht leicht verständliche Seiten informieren über die Professionelle Zahnreinigung, erklären die Entstehung des Zahnbelags, benennen besondere Risikogruppen und erläutern den Ablauf der Behandlung.

Verfasst wurde die mittlerweile 79. Ausgabe des ZahnRat von Dr. Christian Junge aus Friedrichroda sowie Dr. Ralf Kulick und Dr. Ina M. Schüller aus Jena. Seit mehr als 20 Jahren informiert die gemeinsame Patientenzeitschrift der ostdeutschen Landes Zahnärztekammern Patienten und zahnmedizinische Laien über Themen der Zahn- und Mundgesundheit sowie über zahnmedizinische Behandlungen. LZKTh

Internet: www.zahnrat.net

Kammer erfasst SEPA-Lastschriftmandate

Alle berufstätigen Kammermitglieder müssen Einzugsverfahren erneuern

Die Landes Zahnärztekammer Thüringen bereitet sich auf die Einführung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums SEPA zum 1. Januar 2014 vor. Hierzu werden alle berufstätigen Mitglieder gebeten, ein SEPA-Lastschriftmandat ausgefüllt an die Kammer zu senden.

Um den bargeldlosen Zahlungsverkehr europaweit einfacher, effizienter und sicherer zu gestalten, wurde der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA (Single Euro Payments Area) geschaffen. Die Neuerungen dazu treten ab 1. Januar 2014 in Kraft und lösen u. a. das bekannte Lastschrifteinzugsverfahren ab. Bisher erteilte Einzugsermächtigungen verlieren grundsätzlich ihre Gültigkeit.

Auch werden sämtliche Bankverbindungen umgestellt. Es werden dann nicht mehr Bankleitzahl und Kontonummer für Einzüge und Überweisungen gelten, sondern die europaweit einheitlichen Nummern IBAN und BIC. Die ab dem 1. Februar 2014 für die Landes Zahnärztekammer Thüringen geltende Bankverbindung kann bereits jetzt jedem Briefkopf der Kammer entnommen und auch bereits verwendet werden.

Zahlung der Kammerbeiträge nur noch per Bankeinzug

Zusätzlich zu diesen gesetzlichen Änderungen im Zahlungswesen hat die Kammerversammlung am 26. Juni 2013 beschlossen, dass die Kammerbeiträge nur noch per Einzug beglichen werden können. Eine Überweisung der Beiträge durch das Mitglied entfällt mit der neuen Beitragsordnung, die zum Jahresanfang 2014 in Kraft treten wird.

SEPA-Lastschriftmandat von jedem Mitglied notwendig

Es ist daher nötig, dass die Landes Zahnärztekammer von jedem berufstätigen Mitglied ein SEPA-Lastschriftmandat erhält.



SEPA-Lastschriftmandat

Foto: LZKTh

Hierzu hat jedes Mitglied – mit Ausnahme der Mitglieder im Ruhestand – Ende August von der Kammer einen Brief erhalten. Diese Post enthielt nicht nur Informationen zum Umgang mit SEPA im Verhältnis des Zahnarztes zur Kammer, sondern auch ein SEPA-Lastschriftmandat und einen vorfrankierten Rückumschlag.

Die Mitglieder werden nun gebeten, ihr persönliches Lastschriftmandat schnellstmöglich ausgefüllt zurück an die Kammer zu senden. LZKTh





Zahl des Monats

50

Künftige Zahnmedizinische Fachangestellte starten in diesen Tagen thüringenweit in ihre Ausbildung.

Hingegen haben 80 ZFA in diesem Sommer ihre Ausbildung in Thüringen erfolgreich beendet. Allein 29 davon besuchten die Berufsschule in Erfurt (Foto). LZKTh

Edeltraut Wienbreyer in Rente

Berufsschulklasse in Nordhausen für 2013/14 sicher

Von Dr. Robert Eckstein

Am 12. Juli 2013 durfte ich in einer Veranstaltung der Staatlichen Berufsbildenden Schule für Gesundheit und Soziales in Nordhausen der langjährigen Schulleiterin Edeltraut Wienbreyer zur Verabschiedung in den Ruhestand meinen persönlichen Dank für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit und die besten Wünsche der Landeszahnärztekammer Thüringen überbringen. Es war immer eine Freude, mit Frau Wienbreyer für alle Fragen und Probleme eine pragmatische Lösung zu suchen und zu finden.

Frau Wienbreyer gehörte als stellvertretende Vorsitzende dem ersten Berufsbildungsausschuss der Kammer an und war maßgeblich an den tiefgreifenden Umstrukturierungen des Berufes der Stomatologischen Schwester zur Zahnarzthelferin beteiligt. Im Jahr 2000 konnte sie bei der Neustrukturierung der Ausbildungsordnung „Zahnmedizinische Fachangestellte“ den Rahmenlehrplan auf Bundesebene mit erarbeiten und gestalten. Die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Thüringer Lehrplanes stand unter ihrer Leitung.

ZFA-Ausbildung auch im neuen Berufsschulzentrum

Mit dem Ausscheiden von Edeltraut Wienbreyer aus dem Schuldienst endet auch die Selbstständigkeit der Staatlichen Berufsbildenden Schule für Gesundheit und Soziales. Sie fusioniert mit den übrigen Berufsschulen in Nordhausen zum Staatlichen Berufsschulzentrum Nordhausen. Die ZFA-Ausbildung soll nach Auskunft des Schulleiters Ulrich Preiß fester Bestandteil des Berufsschulstandortes Nordhausen bleiben.

Das schönste Geschenk zum Abschied ist sicher, dass Mitte August eine neue ZFA-Berufsschulklasse in Nordhausen 2013/14 mit 15 Auszubildenden als sicher gilt.



Dr. Robert Eckstein ist niedergelassener Zahnarzt in Meiningen und Vorstandsreferent der Landeszahnärztekammer für die Aus- und Fortbildung des Praxispersonals.



Zeitschrift „ZFA aktuell“ direkt fürs Praxisteam

Die Helferinnenzeitschrift der Landeszahnärztekammer trägt einen neuen Namen: „ZFA aktuell“ informiert nun wieder vierteljährlich über das vielfältige ZFA-Leben in Thüringen. Künftig wird die kleine Zeitschrift direkt an das Praxispersonal in den Zahnarztpraxen verschickt und nicht länger dem Thüringer Zahnärzteblatt beigelegt.

„Wir reagieren damit auf den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften in unseren Thüringer Zahnarztpraxen“, sagt Dr. Robert Eckstein, Vorstandsreferent der Landeszahnärztekammer für die Aus- und Fortbildung des Praxispersonals. „Wir wollen unsere ZFA zielgerichteter erreichen. Deshalb kann jede Mitarbeiterin ab sofort ihr eigenes Exemplar erhalten.“

Themen in der „ZFA aktuell“ werden auch weiterhin die persönliche Weiterbildung, Hinweise auf Fortbildungskurse der Kammer und interessante Nachrichten von Kolleginnen und Kollegen in anderen Praxen sein. LZKTh



Dr. Robert Eckstein verabschiedet Edeltraut Wienbreyer (l.) Foto: Buchmann

Edeltraut Wienbreyer begann ihre berufliche Tätigkeit als Stomatologische Schwester in der Poliklinik in Nordhausen. Nach dem Medizinpädagogik-Studium unterrichtete sie Generationen von Stom-Schwestern und ZFAs an der Berufsschule in Nordhausen. Seit vielen Jahren leitete Frau Wienbreyer diese Schule als Direktorin und führte sie erfolgreich durch viele räumliche und strukturelle Veränderungen in ihren heutigen exzellenten Zustand.

Wer die Wahl hat ...

Eckpunkte des Gesundheitspolitischen Programms der BZÄK für Thüringer Zahnärzte

Von Dr. Christian Junge

So weit entfernt das politische Berlin in diesen Tagen des Bundestagswahlkampfes 2013 auch erscheinen mag, die Weichenstellungen der nächsten Jahre werden wir Zahnärztinnen und Zahnärzte auch in Thüringen ganz unmittelbar zu spüren bekommen.

Die Bundeszahnärztekammer hat für dieses Wahljahr ein Gesundheitspolitisches Programm erstellt. Die Forderungen der Zahnärzteschaft sind klar: Das Krankenversicherungssystem aus GKV und PKV muss beibehalten und weiterentwickelt werden! Die seit langem versprochene neue Approbationsordnung muss endlich auf den Weg gebracht werden! Nicht zuletzt auch wir müssen Konzepte für eine zahnmedizinische Versorgung entwickeln, die den Anforderungen durch den demografischen Wandel unserer Gesellschaft gerecht werden. Wir wollen in Selbstverwaltung und mit wenig Bürokratie unsere Patienten bestmöglich versorgen!

Eine starke Selbstverwaltung und die Kommunikation mit den politischen Entscheidungsträgern sind für unseren Erfolg wichtig. Die Umfrage unter den Thüringer Direktkandidaten zur Bundestagswahl im letzten tzb hat gezeigt, dass Diskussionsbedarf mit allen Parteien besteht. Denn wenn wir uns nicht engagieren, dann werden andere über uns entscheiden. Das gilt für unsere eigene Arbeit in Thüringen und für die Zeit nach der Bundestagswahl am 22. September scheinbar fernab in Berlin gleichermaßen.

Eigenverantwortlichkeit stärken!

Die zahnärztliche Freiberuflichkeit ist Garant für eine qualitativ hochwertige und fortschrittliche Zahnmedizin. Das gründet sich auf die professionelle Eigenverantwortung des Berufsstandes und auf die besondere Vertrauensbeziehung des einzelnen Zahnarztes zu seinem Patienten. Hierfür benötigt die Zahnärzteschaft jedoch die passenden Rahmenbedingungen.

Die Bundeszahnärztekammer fordert u. a.

- die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freien Heilberufe anzuerkennen und diese als Potential für den Arbeitsmarkt zu fördern,
- die Funktionen und Aufgaben der Selbstverwaltung entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip zu stärken und ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu fördern.

Patientenrechte unbürokratisch wahren!

Der Patient steht im Mittelpunkt zahnärztlichen Handelns. Wir fördern den mündigen Patienten, der im Rahmen der partizipativen Entscheidungsfindung an der Behandlung mitwirkt. Kritisch sieht unser Berufsstand jedoch die Gefahr einer juristischen Übersteuerung im Praxisalltag, etwa mit dem Patientenrechtegesetz. Eine Überregulierung birgt die Gefahr, aus einem intakten Vertrauensverhältnis zwischen Zahnarzt und Patient ein bürokratisch überfrachtetes Misstrauensverhältnis zu machen.

Die Bundeszahnärztekammer fordert u. a.

- praxisfremde juristische Übersteuerungen im Zahnarzt-Patienten-Verhältnis zu vermeiden,
- das Patientenrecht auf freie Zahnarztwahl nicht durch Öffnungsklauseln oder Selektivverträge einzuschränken.

In der Versorgung Herausforderung annehmen!

Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft stellt vor allem in ländlichen Gebieten hohe Anforderungen an die wohnortnahe zahnmedizinische Versorgung. Zahnmedizin ist nicht nur integraler Bestandteil des medizinischen Fächerkanons, sondern auch wesentlicher Bestandteil der medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung. Gerade die Mundgesundheit von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung stellt jedoch aufgrund der stetig steigenden Zahl betroffener Patienten eine besondere Herausforderung dar.

Die Bundeszahnärztekammer fordert u. a.

- die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung durch entsprechende Rahmenbedingungen und durch die Weiterentwicklung der Gebührenordnungen für alle Berufsausübungsformen zu sichern,
- keine Substitution von zahnmedizinischen Leistungen. Die Delegation von zahnärztlichen Aufgaben an Assistenzpersonal ist abschließend im Zahnheilkundengesetz geregelt. Die Substitution von Leistungen lehnt die Bundeszahnärztekammer ab – die Delegation an vorhandene Fachkräfte unter zahnärztlicher Aufsicht befürworten wir.



Wahlwerbung in Thüringen

- ein zahnärztliches Präventionsmanagement mit zusätzlichen vorsorgeorientierten Leistungen für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen zu installieren. Darüber hinaus muss die medizinische und gerodontologische Kompetenz der zahnärztlichen Behandlungsteams durch Fortbildungen weiter gestärkt werden.
- weitere bedarfsadäquate, präventive und therapeutische Leistungen in den GKV-Katalog für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen aufzunehmen,
- Aspekte der Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege sowohl in der Pflegeausbildung wie auch in der Ausbildung zum/zur Heilerziehungspfleger/in aufzunehmen,
- die praktische und fachliche Expertise der Zahnärzteschaft bei der Einführung und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen besser zu berücksichtigen.

Duales Krankenversicherungssystem stärken!

Das Zwei-Säulen-System aus Privater Krankenversicherung (PKV) und Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) steht vor wichtigen Reformen. Dennoch bietet dieses Modell gegenüber „planwirtschaftlichen“ Modellen einer „Bürgerversicherung“ auch aus dem Blickwinkel seiner Kritiker unbestrittene Vorteile. Unser Ziel ist es, die Diagnose- und Therapiefreiheit und die Qualität der (zahn)medizinischen Versorgung in Deutschland zu erhalten sowie notwendige Innovation für den Versorgungsalltag zu ermöglichen.

Die Bundeszahnärztekammer fordert u. a.

- die wichtige Debatte zur Reform unseres Gesundheitssystems mit allen relevanten gesundheitspolitischen Akteuren sachlich ausgewogen und fachlich versiert zu führen,
- den Leistungswettbewerb innerhalb der GKV zu stärken,
- den Wettbewerb zwischen GKV und PKV zu stärken und aktuelle Finanzierungs- und Geschäftsmodelle ernsthaft auf den Prüfstand zu stellen,
- die Rechte der Versicherten in der PKV zu stärken, Tarifstrukturen transparenter zu gestalten sowie die Übertragbarkeit von Altersrückstellungen zu ermöglichen,
- die Höhe der Maklerprovisionen in der PKV einzudämmen und gesetzlich streng zu sanktionieren.

Qualität fördern!

Eine qualitativ hochwertige Zahnmedizin zielt direkt auf eine bessere Patientenversorgung und die Erhaltung der Mundgesundheit bis ins hohe Alter. Um Qualität effizient zu fördern, müssen Zahnärzte gut und „state of the art“ ausgebildet werden. Die auf Grundlage der Erfahrungen des Berufsstandes und der Wissenschaft ständig weiterentwickelten medizinischen Standards müssen daher endlich Eingang in die Ausbildung der Zahnärzte finden und damit praxisfest gemacht werden.

Die Bundeszahnärztekammer fordert u. a.

- die Ausbildung der Zahnärzteschaft an die aktuellen Anforderungen der zahnmedizinischen Versorgung und die wissenschaftliche Weiterentwicklung anzupassen. Die Novellierung der Approbationsordnung und die Entwick-

lung eines Nationalen Kompetenzbasierten Lernzielkatalogs sind dringend notwendige Grundlagen.

- gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse mittels Versorgungsforschung stärker zu analysieren und kritisch zu begleiten.

Hohes Qualifikationsniveau sichern!

Die Europäische Union hat für die deutsche Zahnmedizin eine wachsende Bedeutung. So werden immer häufiger gesundheits- und binnenmarktpolitische Weichen in Brüssel gestellt, die unmittelbaren Einfluss auf unseren Berufsstand und die zahnmedizinische Versorgung in Deutschland haben.

Die Bundeszahnärztekammer fordert u. a.

- den konsequenten Erhalt des hohen Qualitätsniveaus im deutschen Gesundheitssystem,
- neue bürokratische Belastungen durch europäische Vorgaben zu vermeiden,
- das System der freiberuflichen Selbstverwaltung zu erhalten und als bewährtes ordnungspolitisches Modell auf europäischer Ebene zu fördern.

Prävention für Risikogruppen stärken!

Die Mundgesundheit der Bevölkerung in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert. Es gibt aber Bevölkerungsgruppen, die zu wenig am Fortschritt der Zahnmedizin und der umfassenden Präventionsarbeit partizipieren.

Die Bundeszahnärztekammer fordert u. a.

- gesetzliche Rahmenbedingungen für eine systematische zahnmedizinische Prävention unter Einbezug der Zahnärzteschaft bereits für Kinder ab dem ersten Lebensjahr zu schaffen,
- die Zahnmedizin stärker in gesundheitspolitische Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramme zu integrieren,
- bestehende gemeinsame Präventionsmaßnahmen von Zahnmedizinern, Kinderärzten, Hebammen und Gynäkologen zu unterstützen,
- bundesweit verpflichtend die zahnärztlichen Kinderpässe bzw. deren Präventionsansätze in die erfolgreichen ärztlichen Kinderfrüherkennungsuntersuchungen zu integrieren,
- die Präventionsarbeit für Risikogruppen wie Migranten und Familien in sozial schwierigen Lebenslagen zu verbessern.

Attraktive Ausbildung gestalten!

Garant für eine qualitativ hochwertige Zahnmedizin auf aktuellem wissenschaftlichem Stand sind eine attraktive und hochwertige Ausbildung sowie ein stabiles Arbeitsumfeld. Dafür muss erstens das Studium der Zahnmedizin so gestaltet werden, dass junge Menschen sich auch weiterhin für eine Ausbildung zum Zahnarzt entscheiden. Zweitens muss auch die spätere Berufsausübung des freiberuflichen Zahnarztes so gestaltbar sein, dass Beruf, Familie und auch Lebensqualität harmonisch zu vereinbaren sind.

Die Bundeszahnärztekammer fordert

- Strukturen und Inhalte der zahnmedizinischen Ausbildung dringend an die aktuellen Anforderungen anzupassen. Das heißt konkret, die zahnärztliche Approbationsordnung zu reformieren und den Nationalen Kompetenzbasierten Lernzielkatalog Zahnmedizin zeitnah auf den Weg zu bringen.
- das zahnmedizinische Studium wieder attraktiver zu machen, indem die Personaldecke an den Universitäten besser finanziert wird,
- Impulse zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in die politische Arbeit zu integrieren.



Dr. Christian Junge ist niedergelassener Zahnarzt in Friedrichroda und Vorstandsreferent der Landes Zahnärztekammer für die Kreisstellen- und Öffentlichkeitsarbeit.



Wahlwerbung in Thüringen

Fotos: Kleine Arche

Zahnärztin mit grünem Daumen



Birgit Markwardt (Foto) aus Gera inmitten eines duftenden Blumenmeeres: Für den herrlich blühenden Garten um ihre Praxis im Stadtteil Langenberg wurde die 47-jährige Zahnärztin kürzlich vom Bundesgartenschau-Förderverein ausgezeichnet. In der Kategorie „Gewerbe“ gewann sie den ersten Platz. „Der Gartenhibiskus ist sehr beliebt bei meinen Patienten, die mich regelmäßig nach Pflanzensenkern fragen“, so Birgit Markwardt.

Stark für die Region

Fachdental Leipzig zieht Messebesucher aus Thüringen an

Die einzige Dental-Fachmesse für Mittel- und Ostdeutschland öffnet am 6. und 7. September 2013 wieder ihre Pforten. Von den mehr als 4.200 Besuchern im letzten Jahr kamen elf Prozent aus Thüringen.

Mit 224 Unternehmen aus Deutschland (davon sieben aus Thüringen), den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich und Schweden präsentieren sich trotz der IDS fast genauso viele Aussteller wie im Vorjahr auf dem Leipziger Messegelände.

Die Unternehmen zeigen Neuheiten der IDS sowie aktuelle Entwicklungen in der CAD/CAM-Technologie, Praxishygiene, Endodontie und bei ergonomischen Behandlungseinheiten. Ein Fortbildungsprogramm für Zahnärzte ergänzt das Angebot der Fachmesse.

Zahnärzte können Fortbildungspunkte für die besuchten Vorträge erhalten. Eine Tageskarte kostet 8 Euro.

Internet: www.fachdental-leipzig.de

Thüringen kompakt

Nach dem Wegfall der Praxisgebühr verzichteten viele Thüringer auf Überweisungen ihres Hausarztes zum Facharzt. Laut Kassenärztlicher Vereinigung sank die Zahl der Überweisungen im ersten Quartal dieses Jahres um etwa 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Zahl der abgerechneten Behandlungsfälle lag jedoch annähernd konstant bei etwa 3,8 Millionen.

Wegen sinkender Mittel befürchten die Thüringer Krankenhäuser in den kommenden Jahren einen Investitionsstau. Im Doppelhaushalt 2013/14 des Landes seien für 2013 nur noch 16,5 Millionen Euro Pauschalzuweisungen vorgesehen, kritisierte die Landeskrankenhausgesellschaft. Im Jahr 2012 waren es noch 30 Millionen Euro. Sozialministerin Heike Taubert verwies darauf, dass die Kliniken durch Pauschalen und weitere Mittel für Einzelprojekte insgesamt 50 Millionen Euro im Jahr vom Land erhielten.

LZKTh



Weimarer Forum für Zahnärztinnen

Respekt ist Kompetenz – Kompetenz findet Respekt“ – so lautet das Motto des diesjährigen Zahnärztinnenkongresses „Weimarer Forum“, der bereits zum fünften Mal in der Goethestadt residiert. Die Teilnehmerinnen erwarten ein Fortbildungsprogramm mit praxisnahen Workshops und Vorträgen zu ausgewählten zahnmedizinischen und betriebswirtschaftlichen Themen.

Ergänzt wird das Programm durch Themen aus den Bereichen Medizin und Recht, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse der Besucherinnen zugeschnitten sind. Neben den Kongressthemen stehen der Netzwerkgedanke sowie der fachliche, persönliche und politische Austausch im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung. Das vom FVDZ ins Leben gerufene Mentoring-Programm mit seinen Schwerpunkten zur Freiberuflichkeit und Berufspolitik ist erstmals Bestandteil des Weimarer Forums.

Zahnmedizinerinnen und Praxismitarbeiterinnen sind eingeladen, vom 27. bis 29. September 2013 in Weimar dabei zu sein. Auch interessierte männliche Kollegen sind herzlich willkommen.



Foto: FVDZ

Das vollständige Programm und Informationen zur Anmeldung sind im Internet verfügbar. Fragen beantwortet außerdem die FVDZ-Geschäftsstelle unter Telefon (0228) 8557-0.

FVDZ

Internet: www.zora-netzwerk.de

„Hohe Praxisrelevanz unserer Kongressthemen“

Gespräch mit DGParo-Tagungspräsident Prof. Dr. Thomas Kocher

Von Dr. Guido Wucherpfennig

Herr Professor Kocher, die Deutsche Gesellschaft für Parodontologie e. V. veranstaltet ihre Jahrestagung 2013 vom 19. bis 21. September in Erfurt. Was verbinden Sie als Tagungspräsident von der Ostseeküste mit Thüringen?

Ich freue mich immer wieder, Fachwerkhäuser und hügelige Landschaften zu sehen wie in meiner schwäbischen Heimat. In Greifswald wird das Stadtbild von Backstein dominiert, und Hügel sind nirgendwo in Sicht. Wenn ich aber in den Süden komme, werden alte Heimatgefühle wieder wach. Und mit Heimat stark verbunden sind auch innerstädtische Flussansichten, wie Sie diese in Erfurt haben.



Prof. Dr. Thomas Kocher

Foto: DGParo

Ihr Kongress wird sich vor allem den parodontalen Therapien bei älteren Patienten widmen. Dabei zieht sich eine Fragestellung wie ein roter Faden durch Vorträge und Workshops: Was ist notwendig? Was ist machbar?

Wir alle wissen, dass Deutschland altert. Auch wir Zahnärzte müssen uns überlegen, wie wir damit umgehen. Mit Sicherheit wird sich das dentale Behandlungsspektrum in den nächsten Jahren stark verändern. Schon heute haben wir Patienten, die neuartige Medikamente erhalten wie Pradaxa oder Bisphosphonate.

Dies wirft viele Fragen auf: Müssen wir uns darauf einstellen? Müssen wir diese Patienten anders behandeln? Wie oft müssen wir eine allgemeine Anamnese erheben? Was ändert sich

bei der Anamnese? Welche Informationen ziehen wir aus ihr heraus? Was tun wir bei Patienten mit Hypoplasien? Kommen wir da mit einem konservativen Scaling zurecht oder steht immer eine Gingivektomie an? Wie oft müssen wir überhaupt mit diesen Patienten rechnen?

Das wird also keine Fachtagung nur für PA-Spezialisten. Welche fachlichen Höhepunkte sehen Sie im Tagungsprogramm?

Wir haben beispielsweise Professor Ola Norderyd aus Schweden eingeladen, der sich mit der Frage beschäftigt, wie wir mit Patienten umgehen, die mit 80 Lebensjahren im Durchschnitt noch 20 Zähne haben, also feststehend versorgt sind.

Professor Frauke Müller aus Genf stellt die Frage, wann Zähne extrahiert und wann durch ein Implantat ersetzt werden sollten. Lohnt es, Zähne aus parodontalen Gründen zu erhalten?

Viele ältere Patienten können nicht mehr selbst zu uns in die Praxen kommen. Professor Christoph Benz stellt vor, wie eine aufsuchende Zahnmedizin aussehen kann. Er und sein Team haben langjährige Erfahrung, wie Altersheime betreut werden können und welche Probleme dabei zu bewältigen sind. Als Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer kann er auch aus standespolitischer Sicht kommentieren, welche Erwartungen die Politik an uns Zahnärzte hat.

Professor Akagawa Yasumasa und Professor Yoneyama Takeyoshi aus Japan haben untersucht, ob sich eine konsequente Zahnreinigung beim bettlägerigen Patienten im Altersheim auch auf die Allgemeingesundheit auswirkt. Sie werden uns zeigen, dass diese Patienten seltener Pneumonie und eine geringere Mortalitätsrate haben!

Was können unsere niedergelassenen Praktiker vor Ort für ihren Praxisalltag mitnehmen?

Wir werden viele Fragen direkt aus der zahnärztlichen Praxis behandeln: Wie verändert sich beispielsweise im Laufe von Jahren und Jahrzehnten das Behandlungsspektrum? Hierauf wird Dr. Wolfgang Westermann aus Emsdetten eingehen. Er wird zeigen, welche Behandlungen über die Jahre geglückt und wo Misserfolge aufgetreten sind.

Blieben wir in der Praxis: Ihr Programm plant einige Tischdemonstrationen, in denen die Teilnehmer aktiv gefordert sind.

Neben den Fragestellungen im Auditorium wollen wir uns auch in kleinen Gruppen zusammensetzen. Bei den Table Clinics werden renommierte Referenten zu einem ausgewählten Thema der Implantologie oder Parodontologie vortragen und in eine direkte Interaktion mit den Zuhörern treten. Daneben finden wie üblich auch für unsere Mitarbeiterinnen Vorträge und Symposien statt, die von GABA, Straumann, Heraeus sowie Procter & Gamble unterstützt werden.

Das alles zusammen verdeutlicht die sehr hohe Praxisrelevanz unserer diesjährigen Kongressthemen. Die zukünftige zahnmedizinische Versorgung in Thüringen wird an unseren Fragestellungen nicht vorbeikommen.

Es spricht also viel dafür, diese Chance auf einen exzellenten Fachkongress vor der eigenen Haustür unbedingt wahrzunehmen...

... zumal die Landes Zahnärztekammer mit der DGParo ermäßigte Tagungsgebühren für Thüringer Zahnärzte und das Thüringer Praxispersonal vereinbart hat: Zahnärzte zahlen nur 240 Euro und ZFA lediglich 130 Euro für den gesamten Kongress.

Und was ist Ihr persönliches Highlight? Worauf freuen Sie sich besonders?

Am Samstagmorgen werde ich um 7 Uhr mit dem Vorstand der DGParo und hoffentlich vielen Tagungsgästen durch die Erfurter Altstadt joggen. Mit Peter Eickholz haben wir einen Präsidenten, der bei jeder Wetterlage darauf schaut, dass dieser Programmpunkt auch durchgeführt wird. Egal, wie kurz die Nacht war, ob es regnet oder schneit – er steht auf. Ich laufe auch ganz gerne, aber nicht zu dieser Zeit. Deshalb ist es für mich gut, jemanden zu haben, der mich morgens zieht.

Dann wünsche ich Ihnen einen guten Lauf so früh am Morgen und eine erfolgreiche Tagung. Vielen Dank für das Gespräch.

Internet: www.dgparo-jahrestagung.de



Dr. Guido Wucherpfennig ist niedergelassener Zahnarzt in Erfurt und Vorstandsreferent der Landes Zahnärztekammer für die Fort- und Weiterbildung.

Nachhaltigkeit: Zahnärzte in und für Afrika

Dentists for Africa treffen sich Ende Oktober in Heilbad Heiligenstadt

Von Dr. Hans-Joachim Schinkel

Auch dank der Unterstützung der Thüringer Zahnärzteschaft hat unsere Aktionsgemeinschaft Dentists for Africa e. V. bisher zwölf zahnärztliche Praxen in Kenia eingerichtet. Hier werden von kenianischen Behandlern und von deutschen Zahnärzten vor allem Not leidende Menschen zahnärztlich versorgt.

Seit diesem Jahr wird unsere Arbeit in Kenia durch die kenianische Ordensschwester und Zahnärztin Dr. Fabienne unterstützt, die mit unserer finanziellen Hilfe Zahnmedizin studierte. Aus unserem Waisenprojekt, in dem deutsche Pateneltern durch Dentists for Africa mehr als 650 jungen und sonst chancenlosen Menschen eine Schul- und Berufsausbildung finanzieren, haben die ersten sechs Kenianer als Oral Health Officer, Zahntechniker und Medical Engineers Verantwortung in unseren eingerichteten Praxen übernommen. Wir fördern diese Ausbildung in den medizinischen und zahnmedizinischen Berufen planmäßig unter Einbeziehung der Colleges und Universitäten, an denen in Kenia und Uganda studiert werden kann.

Begeisterungsfähigkeit und Interesse junger Menschen

Viele weitere werden in den nächsten Jahren ihre Ausbildung abschließen, wobei uns besonders Mut macht, dass mit Dorcas Simiyu eine junge Frau aus unserem Waisenprojekt in Kampala (Uganda) seit einem Jahr Zahnmedizin studiert. Wenn fundierte Ausbildung erfolgt, sind die Afrikaner viel eher in der Lage, die zahlreichen ge-

sellschaftlichen und gesundheitlichen Probleme selbst zu lösen.

Ein weiteres Standbein ist die zahnmedizinische Aufklärung, Reihenuntersuchungen und anschließende Behandlung von Schulkindern. Hier engagieren sich besonders deutsche Einsatzleistende, um ihr Wissen und ihre Fähigkeiten an die Kinder in Zusammenarbeit mit unseren kenianischen Mitarbeitern weiterzugeben. Die Begeisterungsfähigkeit und das Interesse der jungen Menschen beeindruckt uns immer wieder neu. Unser zahnärztliches Engagement ist am nachhaltigsten, wenn wir präventiv arbeiten.

Hilfseinsätze auch für uns selbst bereichernd

Ende September werden Dr. Ulrich Schwarz (Erfurt), Dr. Dieter Bolten (Wiesbaden) und Dr. Hans-Joachim Schinkel (Sömmerda) mit Unterstützung von Lehrern der Mt. Kenya-Universität eine Seminarwoche mit allen Behandlern und Zahntechnikern unserer eingerichteten Praxen durchführen, um einerseits zahnmedizinisches Wissen weiterzugeben und andererseits voneinander zu lernen. Überhaupt sind unsere Hilfseinsätze auch für uns selbst bereichernd, denn die menschlichen Begegnungen und Erfahrungen gehen unter die Haut.

Die Eigendynamik unserer Projekte stellt uns immer wieder vor neue Herausforderungen. Immer bewusster wird uns, dass wir in einer Welt leben, die näher zusammenrückt und in der wir immer abhängiger voneinander werden.



Zahnmedizinische Aufklärung kenianischer Schulkinder

Einladung zum Jahrestreffen

Deshalb laden wir alle, die einen Hilfseinsatz erwägen, eine Patenschaft für ein Waisenkind bedenken oder sich allgemein für unsere Projekte interessieren, zu unserem Jahrestreffen vom 25. bis 27. Oktober 2013 nach Heiligenstadt ein:

Veranstaltungsort:

Jugend- und Erwachsenenbildungshaus „Marcel Callo“, Lindenallee 21, Heilbad Heiligenstadt

Programm am Samstag, 26. Oktober 2013:

- 09.00 – 12.00 Uhr: Mitgliederversammlung
- 13.00 – 15.00 Uhr: Vorstellung der Hilfsprojekte
- 15.30 – 17.30 Uhr: Information und Gespräch (getrennt für zahnärztliche Projekte sowie Patenschafts- und Witwenprojekt)
- 19.30 Uhr: Abendessen im Restaurant „Norddeutscher Bund“ (3 Minuten Fußweg)

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Website oder telefonisch unter (03634) 621079.

Internet: www.dentists-for-africa.org



Zahnbehandlung mit aufmerksamem Beobachter

Fotos: Schinkel



Dr. Hans-Joachim Schinkel ist niedergelassener Zahnarzt in Sömmerda und 1. Vorsitzender des Vereins Dentists for Africa e. V.

Behandlung von Kindern mit Behinderungen

Befragung der Thüringer Zahnärzteschaft zu Fachwissen und subjektiver Belastung

Von Prof. Dr. Roswitha Heinrich-Weltzien, Dr. Andreas Wagner und Dr. Wolfgang Micheelis

Die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte im Jahr 2009 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Damit ist unter anderem die Verpflichtung verbunden, das Recht auf eine gleichwertige (zahn-)medizinische Versorgung bei dieser Bevölkerungsgruppe zu sichern.

ble Gruppe identifiziert, da die Zugänglichkeit zur zahnärztlichen Betreuung erschwert ist. Bislang liegen in Deutschland keine diesbezüglichen Daten vor.

Ziel der vorliegenden Befragung war es, die Selbsteinschätzung von universitärer Ausbildung, Fachwissen, Belastungen und Barrieren der Behandlung von Kindern mit Behinderungen in der Thüringer Zahnärzteschaft zu untersuchen.

Kindern mit Behinderungen, die Barrieren einer effektiven Betreuung sowie die Honorierung der zahnärztlichen Leistungen ab. Die Befragung wurde von der Ethikkommission des Universitätsklinikums Jena unter der Nummer 3093-04/11 registriert.

2010 waren in Thüringen 1.921 praktizierende Zahnärztinnen und Zahnärzte im Register der Bundeszahnärztekammer gelistet. Allen wurde in Rundschreiben der Landes Zahnärztekammer im April und November 2010 der Fragebogen zugesandt. 341 Zahnärztinnen (67,3 Prozent) und 166 Zahnärzte (32,7 Prozent) beteiligten sich an der Befragung, was einer Responserate von 26,4 Prozent entspricht.

Ergebnisse der Befragung

Die Mehrzahl der befragten Thüringer Zahnärztinnen und Zahnärzte ist in eigener Praxis niedergelassen (89,1 Prozent) und praktiziert all-gemeinzahnärztlich ohne einen besonderen Arbeitsschwerpunkt (66,6 Prozent). Etwa die Hälfte aller Praxen ist rollstuhlgerecht eingerichtet (48,7 Prozent). Auf die Behandlung von Kindern sind 91,5 Prozent der Befragten eingestellt. Die große Mehrheit der Befragten ist willens, Kinder mit Behinderungen zu behandeln (91,5 Prozent), nur 3,7 Prozent lehnen dies ab. 4,8 Prozent äußerten sich nicht zu dieser Frage. Etwa ein Mal in der Woche behandeln 16,5 Prozent der Zahnärzte Kinder mit Behinderungen, etwa ein Mal im Monat 45,6 Prozent und etwa ein Mal im Jahr 28,9 Prozent. Lediglich 5,8 Prozent der Befragten gaben an, nie Kinder mit Behinderungen zu behandeln. 3,2 Prozent machten keine Angabe.

Die häufigsten Behinderungen der kindlichen Patienten in der Klientel der Thüringer Zahnärzteschaft sind Kinder mit psycho-emotionalen Störungen (74,3 Prozent) und geistiger Behinderung/Lernstörung (74,1 Prozent), gefolgt von Kindern mit körperlichen Behinderungen (47,6 Prozent).

Der Beurteilung der universitären Ausbildung hinsichtlich der Vorbereitung auf die spätere zahnärztliche Behandlung von Kindern mit Behinderungen wurde die Selbsteinschätzung des Fachwissens der Befragten gegenübergestellt. Dabei zeichnete sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Güte der Ausbildung und dem selbsteingeschätzten Fachwissen ab.



Fragebogen

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und Bundeszahnärztekammer reagierten 2010 auf die Herausforderungen der Zahnheilkunde mit dem „Konzept zur vertragszahnärztlichen Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen“. Ziel ist es, die Mundgesundheit von betagten, multimorbiden und pflegebedürftigen Patienten sowie von Patienten mit Behinderungen dauerhaft und nachhaltig zu verbessern, da deren zahnärztliche Betreuung im derzeitigen Versorgungssystem als unbefriedigend eingeschätzt wird. Die Behandlung von Patienten mit Behinderungen erfordert einen deutlich höheren Zeit- und Personalaufwand, kleinere Behandlungsintervalle und häufigere Behandlungen in Allgemeinanästhesie und Sedierung. Weiterhin stehen gesundheitspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen einer adäquaten Versorgung entgegen.

Kinder mit Behinderungen wurden im angelsächsischen Sprachraum als eine besonders vulnera-

Befragung der Thüringer Zahnärzte

Der Fragebogen umfasste 20 Fragen. Bei der Fragebogenentwicklung war das Ausmaß der subjektiven Belastung des Zahnarztes bei der Behandlung von Kindern mit Behinderungen ein wesentlicher Aspekt, da möglicherweise entscheidende Barrieren in diesem Bereich vorliegen könnten.

Um das Profil des Zahnarztes zu charakterisieren, wurden Alter, Geschlecht, Berufsjahre, Praxistyp, Arbeitsschwerpunkt, Einrichtung bzw. Ausstattung der Praxis sowie die zeitliche Häufigkeit der Behandlung erfragt. Die Zahnärzte wurden weiterhin gebeten, ihr Fachwissen und ihre universitäre Ausbildung bei der Behandlung von Kindern mit Behinderungen einzuschätzen. Weitere Fragen zielten auf die Generierung von Informationen über das Erkrankungsspektrum, die Einschätzung des Kooperationsverhaltens von

Befragte, die ihre Ausbildung als „eher lückenhaft“ und „unzureichend“ bewerteten, schätzten häufiger auch ihr Fachwissen als solches ein. Beide Parameter wiesen eine positive Korrelation ($\rho=0,31$; $p=0,000$) auf.

Die subjektive Belastung der zahnärztlichen Behandlung wurde signifikant häufiger als „sehr belastend“ und „belastend“ empfunden, wenn das selbsteingeschätzte Fachwissen als „lückenhaft“ und „unzureichend“ eingestuft wurde. Dabei korrelierten die subjektive Belastung und das Fachwissen negativ ($\rho=-0,292$; $p=0,000$).

Ein vergleichbarer Trend, wenngleich schwach signifikant, wurde auch für die universitäre Ausbildung erkennbar. Ein weiterer statistisch signifikanter Zusammenhang wurde zwischen der Behandlungshäufigkeit von Kindern mit Behinderungen und der subjektiven Belastung nachgewiesen. Tendenziell gilt, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte, die häufiger die Klientel behandeln, diese weniger subjektiv belastend empfinden ($\rho=-0,145$; $p=0,001$). Kein statistischer Zusammenhang wurde hingegen zwischen der subjektiven Belastungseinschätzung und dem Alter, Geschlecht sowie der Dauer der Berufstätigkeit der Befragten aufgefunden.

Die Honorierung der zahnärztlichen Behandlung wird mehrheitlich (87,7 Prozent) in keinem Verhältnis zum Behandlungsaufwand stehend beurteilt; nur 9,6 Prozent der Zahnärzte bewerteten das Honorar als gerade kostendeckend. Als häufigste Barrieren, die der Behandlung von Kindern mit Behinderungen entgegenstehen, wurde die zeitaufwendige und ungenügende Honorierung



Präventionsarbeit bei Kindern mit Behinderung

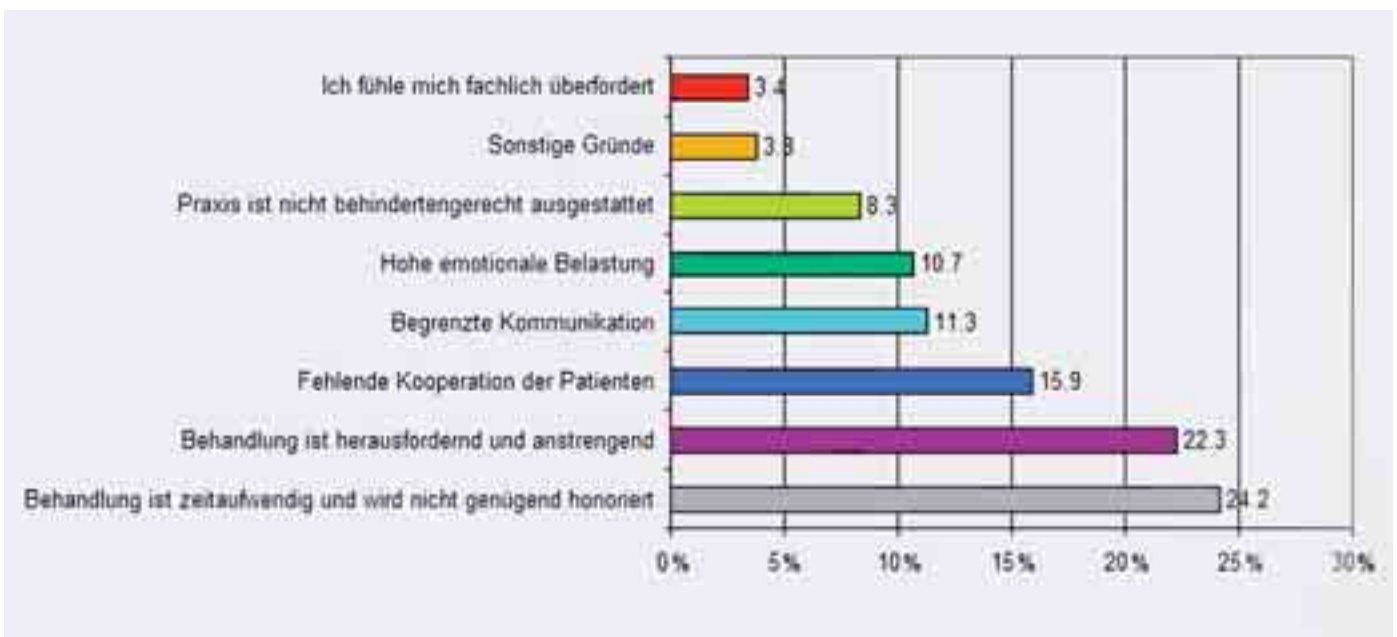
sowie subjektive Belastung der Behandlung genannt (Abbildung unten). Eine fehlende Kooperation und begrenzte Kommunikation der Patienten wurden als die häufigsten patientenbezogenen Barrieren aufgeführt.

Einschätzung der Befragung

Die Daten aus Thüringen liefern erstmalig für Deutschland systematische Informationen über Fachwissen, universitäre Ausbildung, postgraduale Fortbildung, subjektive Belastung und Barrieren der Zahnärzteschaft bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Die Responserate der Befragung war mit rund 27 Prozent vertretbar

und lag im üblichen Rahmen von postalisch-schriftlichen Befragungssurveys.

Dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen als eine zahnärztlich unterversorgte Patienten-Gruppe im Vergleich zu anderen medizinischen Fachdisziplinen charakterisiert werden, scheint sich auch mit der vorliegenden Befragung zu bestätigen. Nicht einmal jeder vierte Zahnarzt (16,5 Prozent) berichtete, etwa ein Mal wöchentlich Kinder mit Behinderungen zu behandeln und weniger als jeder dritte Zahnarzt ein Mal im Jahr. Daher ist davon auszugehen, dass die zum Stichtag 31. Dezember 2009 in Thüringen lebenden 3.511 Kinder und Jugendliche mit einer Schwerbehinderung im Alter von unter 6 bis 18 Jahren vorrangig von Kollegen behandelt



Barrieren bei der Behandlung von Kindern

Grafik: Heinrich-Weltzien

werden, die diese Klientel wöchentlich oder ein Mal im Monat in ihrer Praxis sehen. Kinder mit psycho-emotionalen Störungen, geistigen und körperlichen Behinderungen dominierten unter den Patienten.

Die zahnärztliche Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen erfordert neben einem soliden Fachwissen auch spezielle Kenntnisse im Umgang und der Führung dieser Patienten. Im internationalen Schrifttum wird einhellig festgestellt, dass die universitäre Ausbildung den zahnärztlichen Behandlungsanforderungen bislang nicht gerecht wird. In der vorliegenden Befragung wurde dies ebenfalls deutlich.

Zahnärztinnen und Zahnärzte, die ihre universitäre Ausbildung als „lückenhaft“ oder „unzureichend“ einschätzten, bewerteten auch ihr Fachwissen signifikant häufiger als solches. Während keine Beziehung zwischen Alter, Geschlecht und Dauer der Berufstätigkeit zur universitären Ausbildung und dem Fachwissen gefunden wurde, charakterisierten Befragte mit einer postgradualen Fortbildung ihr Fachwissen signifikant häufiger mit „sehr gut / gut“, als diejenigen, die sich nicht fortgebildet hatten. Die Notwendigkeit einer postgradualen Fortbildung für eine verbesserte Betreuung dieser Klientel wurde damit bestätigt. Dabei wird diskutiert, ob die theoretische und praktische Ausbildung in der curriculären oder postgradualen Ausbildung erfolgen sollte.

Weltweit wird die Behandlung von Kindern mit Behinderungen von der Zahnärzteschaft als Herausforderung angesehen, die mit der fachlichen Ausbildung stark assoziiert ist. In der Befragung der Thüringer Zahnärzteschaft wurde dieser Zusammenhang bestätigt.

Nicht unerwartet war, dass der hohe Zeitaufwand, die Anstrengung und die ungenügende Honorierung neben den patientenbezogenen Parametern der fehlenden Kooperation und Kommunikation als wesentliche Barrieren der zahnärztlichen Behandlung genannt wurden. Die finanzielle Vergütung sollte daher ein wesentlicher Aspekt bei der Konzeption von Programmen zur zahnärztlichen Betreuung dieser Patienten sein, da die Qualität der zahnärztlichen Versorgung der kindlichen Patienten nicht nur die Lebensqualität im Kindesalter, sondern auch im Erwachsenenalter bestimmt.

Fazit

Aus der Befragung leitet sich die Forderung der Erarbeitung von Konzepten zur Verbesserung der zahnmedizinischen universitären Ausbildung und postgradualen Fortbildung in Verbindung mit gesundheitspolitischen Versorgungsaspekten ab, um der gesundheitlichen Benachteiligung von Kindern mit Behinderungen effizient entgegen zu wirken. Bei der Ausgestaltung von Ausbildungs- und Fortbildungsprogrammen sollte dem emotionalen und kognitiven Aspekt eine

gleich starke Aufmerksamkeit gegeben werden, um die Belastungsbewältigungsstrategien der Zahnärztinnen und Zahnärzte bei der Behandlung dieser Patientengruppe auch psychologisch zu verbessern.

Danksagung

Die Autoren bedanken sich bei allen Thüringer Zahnärztinnen und Zahnärzten, die an der Befragung teilnahmen.

Originalarbeit

R. Heinrich-Weltzien, A. Wagner, W. Micheelis: Fachwissen und subjektive Belastung der zahnärztlichen Behandlung von Kindern mit Behinderungen – Eine Befragung der Thüringer Zahnärzteschaft, Oralprophylaxe & Kinderzahnheilkunde, 35 (2013) 2.



Mobil trotz Handicap

Fotos: LZKTh



Prof. Dr. Roswitha Heinrich-Weltzien ist Leiterin der Poliklinik für Präventive Zahnheilkunde und Kinderzahnheilkunde des Universitätsklinikums Jena.

www.kiza.uniklinikum-jena.de



Dr. Andreas Wagner ist Präsident der Landes-zahnärztekammer Thüringen.

www.lzkth.de



Dr. Wolfgang Micheelis ist Sozialwissenschaftlicher Berater des Instituts der Deutschen Zahnärzte (IDZ).

www.idz-koeln.de

Voller Terminkalender bis zum letzten Arbeitstag

Gräfinaus einzige Zahnärztin geht in den Ruhestand

Sie legt kurz die Füße im bequemen Fernsehsessel hoch, fast so als wollte sie symbolisieren, was seit 1. Juli für sie gilt. Dr. Sybille Werner, Zahnärztin in Gräfinau-Angstedt (Ilmkreis), ging nach mehr als 33 Jahren Dienst in Gräfinau-Angstedt in den verdienten Ruhestand. Am 26. Juni hatte sie ihren letzten Arbeitstag in ihrer Zahnarztpraxis, die sie um Weihnachten 1991 bezogen hatte.

Ihre Ausbildung machte die 63-Jährige im sächsischen Grimma. Dort war auch ihr Vater schon privater Zahnarzt. Da brauchte die Tochter nach dem Abitur über die Studienrichtung nicht lange nachdenken. Nach einigen Jahren Arbeit und der Facharzt Ausbildung im Stomatologischen Zentrum in Grimma bewarb sich Sybille Werner auf die Praxisstelle in Gräfinau-Angstedt. Sie wollte selbstständig arbeiten.

Mit Mann und achtjähriger Tochter zog sie nach Thüringen. Am 15. Mai 1980 nahm sie ihre Arbeit mit einer Sprechstundenhilfe im Gebäude der heutigen Volksbank auf. Von Anfang an betreute sie auch die Senioren im Pflegeheim Lehmannsbrück und den Nachwuchs in Kindergarten und Schule. 1990 bekam sie den Dokortitel verliehen.

Mit der politischen Wende brachen für die inzwischen vierköpfige Familie Werner turbulente Zeiten an. Sowohl für die Zahnarztpraxis als auch die im gleichen Haus befindliche Wohnung der Familie wurde das Mietverhältnis gekündigt.

22 aufregende Jahre in der Selbstständigkeit

Weil sie kein geeignetes Objekt fanden, wollten die Werners Gräfinau den Rücken kehren. Doch der spätere Bürgermeister Georg Juchheim half der Familie, dass sie das zum Verkauf stehende Objekt der Wasserwirtschaft in der Straße Hinter den Gärten kaufen konnte. Werners richteten innerhalb weniger Monate Wohnung und Praxisräume ein. In der Zwischenzeit hatte sich Sybille Werner noch in den alten Praxisräumen privat gemacht. Der Umzug erfolgte im Spätherbst bei Schneetreiben.

22 aufregende Jahre in der Selbstständigkeit sind seitdem vergangen. Neun Frauen gab sie in dieser Zeit Arbeit. Sprechstundenhilfe Gabi Götz-Knechtel hat im Herbst 1991 ihre Lehre bei Sybille Werner begonnen und ist – nur durch zwei Babypausen unterbrochen – bis zum letzten



Dr. Sybille Werner mit Patientin Doris Hopf aus Dörfeld

Foto: Ehrlich/TA

Tag mit dabei. Doch sowohl sie als auch Yvonne Haschke, die seit 2000 in Gräfinau-Angstedt arbeitet, haben schon neue Jobs.

Vergeblich um einen Nachfolger im Ort bemüht

Schließlich hat Sybille Werner den Entschluss zum Ruhestand schon vor Jahresfrist gefasst. Im letzten halben Jahr konnten alle Patienten nochmals zur Behandlung kommen. Den Bedarf zeigt der bis zum letzten Tag volle Terminkalender. Die Patienten-Kartei übergibt Frau Werner an Dr. Karst im Ilmenauer Ärztehaus. Um einen Nachfolger direkt im Ort hat sie sich vergeblich bemüht.

An ein Ereignis in den 39 Jahren als Zahnärztin erinnert sie sich noch heute ganz genau. Noch ganz jung musste Sybille Werner einem älteren Herrn einen Abdruck im Oberkiefer machen. Weil er die Anweisungen der Zahnärztin missverstanden, biss er mit einem der beiden im Unterkiefer noch vorhandenen Zähne genau auf das Mittelfingergelenk von Sybille Werner. Womit er sich eine Ohrfeige im Affekt einhandelte. Doch beide Seiten konnten nach dem ersten Schreck darüber herzhaft

lachen. „Seitdem nehme ich meine Finger schnell weg, bevor ich den Patienten bitte, zuzubeißen.“

Zahnartzkittel nicht ganz an den Nagel hängen

Natürlich ist sie wehmütig, aber auch voller Vorfreude auf das, was jetzt kommt. „Ausruhen will ich mich gar nicht“, gibt Sybille Werner schmunzelnd zu. Nach der Praxisauflösung folgen Umbauarbeiten, ein Urlaub mit den Enkelkindern und die schon lange aufgeschobene Fuß-Operation. Strukturiert sollen die Tage auch künftig verlaufen, was bei Tennistraining, zweimal pro Woche Fitnessstudio, Besuchen bei der Mutter, VHS-Sprachkurs und Hobby-Malerei wohl auch notwendig ist.

Den Zahnartzkittel so ganz an den Nagel hängen will sie dann doch nicht. Wenn Kollegen wegen Krankheit oder Schwangerschaft ausfallen, kann sie sich eine Vertretung in deren Praxis vorstellen. Doch jetzt wird erst einmal auf die gemeinsame Freizeit mit Ehemann Michael angestoßen. Er ist seit einem halben Jahr im Ruhestand.

Thüringer Allgemeine

Wir gratulieren!

zum 89. Geburtstag:

Herrn Dr. Günther Espenhayn,
Eisenberg (20.9.)

zum 83. Geburtstag:

Herrn Dr. Bernd Gröber, Erfurt (19.9.)
Herrn Dr. Wolfgang Oelzner, Jena (28.9.)

zum 81. Geburtstag:

Frau Ursula Eberhardt, Tiefenort (27.9.)

zum 77. Geburtstag:

Herrn OMR Dr. Bruno Rabe, Erfurt (9.9.)

zum 76. Geburtstag:

Herrn Dr. Albrecht Dietze, Langenorla (3.9.)

zum 74. Geburtstag:

Frau SR Dr. Emmi Friehe,
Schmalkalden (14.9.)
Frau SR Dr. Christiane Hinke, Gotha (14.9.)
Herrn Dr. Dieter Müller, Eisenach (30.9.)

zum 73. Geburtstag:

Herrn Dr. Günter Laue, Erfurt (3.9.)
Herrn Dr. Otto Gunkel, Heiligenstadt (9.9.)

zum 72. Geburtstag:

Frau Erna Kulpa, Meiningen (4.9.)
Frau Dr. Ina Ilausky, Erlau (14.9.)
Herrn Prof. em. Dr. Eike Glockmann,
Jena (21.9.)
Frau Dr. Gerlind Köhler, Leutenberg (27.9.)
Frau Birgit Rother, Suhl (28.9.)

zum 71. Geburtstag:

Herrn Dr. Lothar Fries, Mühlhausen (9.9.)
Herrn Rudolf Watzula, Kahla (12.9.)
Frau Margit Kruse, Sondershausen (15.9.)
Frau OMR Dr. Dr. Steffi Dangrieß,
Gera-Rusitz (21.9.)
Frau Waltraud Brödenfeld,
Münchenbernsdorf (21.9.)
Frau Hildegard Nehrlich, Erfurt (24.9.)
Frau Heide Liedtke, Geraberg (27.9.)

zum 70. Geburtstag:

Herrn Dr. Wilfried Chemnitius, Erfurt/OT
Kühnhausen (4.9.)
Herrn Dr. Horst Werner, Ilmtal (18.9.)
Frau MUDr./Univ. Palacky Elfriede Weitzel,
Hildburghausen (19.9.)
Herrn Volker Langhof, Jena (29.9.)

zum 69. Geburtstag:

Herrn Prof. em. Dr. Dr. Witold Zenk, Jena (11.9.)
Frau Dr. Brigitte Stößer, Erfurt (15.9.)
Frau Dr. Claudia Zwiener, Jena (17.9.)
Frau Marga Fischer, Erfurt/OT Tiefthal (27.9.)
Frau Dr. Ingrid Dietze, Mohlsdorf (27.9.)
Frau Annelies Kleinstäuber, Gera (29.9.)

zum 68. Geburtstag:

Herrn Dr. Rainer Schmidt,
Grabfeld/OT Bibra (18.9.)
Frau Dr. Ursula Koch, Mühlhausen (23.9.)

zum 67. Geburtstag:

Frau Dr. Christel Schmidt, Ilmenau (3.9.)
Herrn Ulrich Roedel, Meuselwitz (27.9.)
Frau Hannelore Hanke, Altenburg (29.9.)

zum 66. Geburtstag:

Frau Dr. Ingrid Recknagel, Jena (3.9.)
Frau Dr. Regina Montag, Erfurt (4.9.)
Frau Dr. Monika Baron,
Schmiedefeld/Rstg. (26.9.)

zum 60. Geburtstag:

Frau Gisela Kohl, Gera (3.9.)
Frau Karin Walter, Gera (3.9.)
Frau Johanna Hoemcke, Altenburg (4.9.)
Frau Ursula Kraus, Altenburg (10.9.)
Frau Dr. Christine Bieber, Suhl (20.9.)
Herrn Andreas Roth, Gotha (21.9.)
Frau Dr. Gabriele Röger,
Waltershausen (26.9.)
Frau Ulrike Herz, Suhl (28.9.)

Kleinanzeigen

Praxisabgaben

ZAP – 2 Beh.-Zi., kl. Labor, OPG, 60 km nördl.
Erfurt abzugeben – Altersgründe; WHG (EFH)
– örtlich getrennt – dazu

Chiffre 330

Moderne ZA-Praxis in Westsachsen aus Alters-
gründen 2014 abzugeben, Übergabe flexibel,
3 BHZ, OPG u.v.m.

Chiffre 331

Antworten auf Chiffre-Anzeigen

bitte mit der Chiffre-Nr. auf dem Umschlag an:
Kleine Arche GmbH, Holbeinstr 73, 99096 Erfurt.
Den Kleinanzeigenauftrag finden Sie unter
www.kleinearche.de/download

Praxisübernahme

Berufserfahrene, hochmotivierte Zahnärztin
sucht Praxis zur Übernahme in Erfurt, gerne
auch mit Einarbeitung, Zuschriften unter:
suche_praxis@yahoo.de

Stellenangebot

Symp. Praxisteam in Ilmenau sucht angest.
ZA/ZÄ oder Assistenten mit Berufserfahrung
baldmöglichst

Chiffre 329

Wir trauern um

Herrn Zahnarzt
Wolfgang Schneider
aus Schweinfurt

* 3. August 1927
† 5. August 2013

Landeszahnärztekammer Thüringen
Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen

Wir trauern um

Herrn Zahnarzt
Dr. Burkard Backmund
aus Weimar

* 21. November 1936
† 12. August 2013

Landeszahnärztekammer Thüringen
Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen

tzb

Anzeige

tzb

Anzeige